

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin S.O. 16  
Wusterhausen Str. 15 (Redakteur C. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3103/06.

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 4 Mk.  
mit wöchentl. Beilage „Die Sanitätskarte“ 6 Mk.

## Die „Volksfürsorge“.



iner der jüngeren Zweige an dem starken Baume der nach Zentralisierung strebenden deutschen Arbeiterbewegung ist die im Jahre 1913 ins Leben getretene gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung, die „Volksfürsorge“, gegründet von den deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften zu dem Zwecke, die Arbeitermassen von den Privatversicherungsanstalten mit ihren hohen Direktorengehältern, Lantienmen für Vorstände und Aufsichtsräte und Dividenden für die Aktionäre fernzubalten, das Volksversicherungswesen zu reformieren und ein sozialisiertes Unternehmen zu schaffen nach dem Grundsatze:

Versicherung durch das Volk für das Volk.

Die Entwicklung war in vollem Zuge, als der Weltkrieg hereinbrach, der eine schwere Belastungsprobe für das junge Unternehmen bedeutete. Durch Einführung der Kriegerversicherung wachte es sich den Zeitverhältnissen an und wirkte mit seinen niedrigen Prämienätzen in wohlthätigster Weise.

Millionen von Arbeitern und Volksgenossen haben aber bis heute leider noch nicht erkannt, daß ihr eigenes Unternehmen weit fürsorglicher für sie arbeiten kann, als die privatkapitalistischen. Außer den 4 Proz. Zinsen für die eine Million Mark Aktienkapital, mit dem die „Volksfürsorge“ von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründet ist, kennt sie keine Lantienmen an Vorstand und Aufsichtsrat und Dividenden an Aktionäre, die beispielsweise bei der „Victoria“ von 1904-1911 über 11½ Millionen Mark und bei der „Friedrich-Wilhelm“ in den vier Jahren von 1908-1911 30:2831 Mk. betragen haben und heute noch sehr hoch im Kurse stehen. Mehr oder minder folgen ihnen die übrigen Gesellschaften und veründen ihre Volksversicherungen zu einem einträglichem Geschäft zu gestalten, während die „Volksfürsorge“ ihre Gewinne anspruchlos den Versicherten zukommen läßt. Heute, wo das Wort Sozialisierung in aller Munde ist, sollte man es kaum noch für möglich halten, daß Millionen Volksgenossen, die sich stolz als Sozialisten betradten und der Regierung bitterste Vorwürfe machen, daß sie so zögernd mit der Sozialisierung veracht, hinsichtlich der Versicherung die Prämien

Unterstützer des Privatkapitalismus sind unglücklich an der „Volksfürsorge“, dem einzigen sozialisierten Versicherungsunternehmen in Deutschland, vorübergehen. Oder wie vielfach zu verzeichnen ist, daß sozialistische Gewerkschafter oder Genossenschaftler im Nebenamte Akquisiteure der Privatgesellschaften sind. Anders lassen sich die Zahlen nicht erklären, die der Stand der deutschen Lebensversicherung Ende 1918 ergibt, wofür stehen die Vergleichszahlen vorliegen. Demnach hatten die 27 Aktiengesellschaften 1917 einen Polizenbestand von 9 722 340, 1918 von 10 426 411, ohne die 2 672 079 Polizen der 20 Gegenseitigkeitsgesellschaften, wovon auf die „Volksfürsorge“ 292 008 entfielen. An der Zunahme von 608 941 Polizen war die „Volksfürsorge“ mit 65 607 beteiligt. Günstiger gestaltete sich für sie das Geschäft unter den 21 die Volksversicherung betreibenden Gesellschaften, die 1918 9 421 502 Polizen bekamen.

### Mahnwort.

Arbeitend Volk! Meint in diesen Händen liegt jetzt des ganzen deutschen Volks Geschick; O, mühte endlich wieder sich's zum Glück Und möcht sich's just durch Euch zum Guten wenden.

Laßt nicht durch falsches Trugwort Euch verblenden; Mit Muth und Klugheit nützt den Augenblick, Und denkt an Spartakus, an Rom zurück — Wollt unterm Säbnerschwert Ihr doch noch enden!

Soll gar ein brudermörderisches Ringen Euch um die schon erkämpften Früchte bringen? Genossen, laßt durch Schillers Wort Euch rühren

Geeint seid Ihr ein unbewinglich Heer, Nur Einigkeit kann Euch zum Ziele führen, Zerpfittert, seid Ihr machtlos wie vorher. Willbalm L. v. Welt a. M.

Unzweifelhaft günstiger wird das Jahr 1919 für die „Volksfürsorge“ sein mit seinen rund 160 000 Anträgen, woran beteiligt sind: Pommern-Eberfeld mit 18 774 Abschlüssen, Magdeburg 11 718, Essen 8688, Hamburg 6696, Berlin 6629, Waldenburg 6236, Chemnitz 5276, Breslau 4511, Hannover 4272, Kiel 3838, Dortmund 3518, Frankfurt a. M. 3467, Leipzig 3309, Remscheid 3097, Köln 2233, Nürnberg 2163, Dresden 2014, Potsdam 1922, Solingen 1900, Kassel 1707, Neudlinghausen 1656, Düsseldorf 1603, Dessau 1593, München 1462, Bremen 1400, Ludwigshafen 1258, Dorbürg (Elbe) 1219, Königsberg i. Pr. 1183, Halle 1011, Rostock 976 usw.

Auch die Erhöhung der Versicherungsprämie pro Kopf von 239 Mk. im Jahre 1913 auf 596 Mk. 1919 ist zwar erfreulich, entspricht aber noch durchaus nicht der Geldentwertung. Und doch besteht heute die Möglichkeit, sich bei der „Volksfürsorge“ mit 3000 Mk. bzw. 5000 Mk. zu versichern. Das wird allerdings erst im laufenden Jahr in Erösium treten.

Bezeichnend ist es, daß in dem kleinen Orte Gohndauer jede 8. im großen Berlin aber erst jede 123. Person in der „Volksfürsorge“ versichert ist. Wenn auch manche andere Großstadt verhältnismäßig besser dasteht, so bleibt doch noch ein überreichliches Betätigungsfeld für die vorwärts strebende Arbeiterkraft übrig.

Rundschau

**Gewerkschaften und Heimstättenbewegung.** Von dem Aktionsausschuß der Deutschen Gewerkschaften für das Reichs-Heimstättenamt (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Verband der Deutschen Gewerksvereine — Haus- und Dürkerische Gewerkschaften —, Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Deutscher Beamtenbund), hinter dem sämtliche deutsche Berufsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit ihren etwa 15 Millionen Mitgliedern stehen, geht uns der folgende Aufruf zu: Ihr Männer und Frauen des Volkes, laßt euch durch keinen Namen und durch kein Schlagwort mehr blenden! Wir wollen leben! Wir verlangen Brot und Hoffnung für die Zukunft! Wie war die Entwicklung bisher? Arbeiter, Angestellte und Beamte forderten höhere Löhne, höhere Gehälter. Die Notenspreise ging schneller. Mehr Geldzeichen kamen unter die Leute. Papiergeld! Die Folge war ein gleichzeitiges Steigen der Preise — wieder Unzufriedenheit und Arbeitslosigkeit — wieder Lohnerhöhung — wieder Steigen der Preise! Inzwischen, Bruderkampf! Soll es so weitergehen? Nein und tausendmal nein! Der Weg zu einem neuen Aufbau muß beschritten werden, zu einem Aufbau im Geiste der Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Eine unerlässliche Voraussetzung dazu ist die Vereinerung des Bodens von einem falschen Rechte, das ihn, die Quelle allen Lebens und Arbeitens, verflacht und erniedrigt hat zu einem Gegenstand des Waders und der Ausbeutung. Der erste entscheidende Schritt ist ein Heimstättenrecht, das jedem Volksgenossen die Möglichkeit erschließt, eine gesicherte Heimstätte für sich und die Seinen zu gewinnen. Hunderttausend Hände werden dann neu beschäftigt, denn rings um die Heimstätte liegt der Garten! Der Boden muß in ganz anderer Weise als bisher wirtschaftlich teilweise gärtnerischer Nutzung dienbar gemacht werden — unter Ausschaltung jeder Spekulation. Jede Erde muß von einem dichten Netz von Gärten umgeben sein! Kann zuerst nicht gebaut werden, dann wollen wir wenigstens zur gärtnerischen Arbeit den Boden haben! Wie bald wird dann der Heimstättenboden, der bis dahin nur Kartoffeln trug, oder sogar als Spekulationsland beschliffen blieb, zwei- oder dreimal soviel Nahrungswerte hervorbringen, und zwar durch Arbeitskräfte, die wieder nach einer achtundzighen Verarbeitbarkeit stehen. Die wichtigsten Lebensgüter, Nahrung und Wohnung, werden vermehrt; das Angebot steigt. Arbeiter, Angestellte und Beamte haben außer ihrem Lohn noch die Erträge ihrer Gemeinschaft mit Kleinstrenten! Tausend wie keine Spekulation mit den Lebensmitteln und Lebensgütern, die wir dem heiligen Grunde unseres Vaterlandes verdanken! Tausend wie keine planlose Verwendung fremen Wunders mit den Stoffen, aus denen wir unsere Heimstätten erbauen müssen. Die Bodenpekulation hat unser Volk gemindert! Leichter Boden bedeutet Wirtschaften, in denen in überflüssigen Wohnräumen die geistige und körperliche Gesundheit unserer Arbeiter vermindert wird. Nur auf billigen, vor Wucherhänden geschützten Boden können Heimstätten errichtet werden. Nur solche Volksversorgung hat Aussicht, bestehen zu können, die jetzt schon zur zehrenden Tat schreien! Als erste soziale Tat fordern wir Befreiung des Bodens von jeder Spekulation. Wir fordern ein durchgreifendes Heimstättenrecht! Mein Heimstättenrecht aber wird helfen, wenn nicht in der Reichsregierung eine Seele vorhanden ist, die alle damit zusammenhängenden Fragen einheitlich zu behandeln Macht und Pflicht hat, eine Straße, die dem deutschen Volke und seinen Vertretern dauernd vorantreibt! Ich für eine ehrliche und entschlossene Durchführung dieser entscheidenden Zukunftsaufgaben. Deshalb fordern wir die sofortige Einsetzung eines Reichsheimstättenamtes. Bedenkt nur eine Sache der Arbeit und niemals eine Quelle arbeitslosen Gemütes sein. Der deutsche Boden muß in das gesicherte Nutzungsrecht desjenigen übergehen, der ihn als Heimstättenland benutzen will. Wer bereits Landbesitzer als Pächter hat, der soll ein Recht auf das Land unter dem Heimstättenrecht haben. Jedem, der Heimstättenboden bauen will, muß dieser Boden vorzugsweise werden. Galt wohl über Spekulationswelt! Nur so können wir zur Anerkennung glücklicher Arbeit und zur inneren Ruhe!

**Gebundene Jahrgänge der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“** 1919 werden in einer besonderen Ausgabe für 2 Pfennig auf bestem Papier und mit Chromolithdruck herausgegeben. Der Preis beträgt für Gewerkschaften 7 Pf. Von Jungen sind zu richten an die Expedition der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“, Berlin SO. 16. Engelauer 14-15.

Verlag: In Betretung des Verbands der Gewerkschaften für das Reichs-Heimstättenamt, Berlin SW. 68, Unter den Eichen 100.

Morgenrot.

Morgenrot! wech gold'nes Glänzen bringt aus fernster Ferne her? Ja, Tu dich! Die Wunden blühen, in der Tiefe rauscht das Meer. Und schon schau wir auf den Steinen, die im freien Reiber stehn, gleich als um die höchsten Firnen deine Diamantenfränge wehn.

Morgenrot! Dein blauges Schinen fordert blühend Soll es ein? Wohl! Der Schmerz soll nicht mehr weinen und der Tod nicht bleich mehr sein! Springet freudig, Weihenellen, einzu soll, was ihnen mag! Feigen aus den roten Weilen wird der großen Freiheit Tag.

Ludwig Klau. † 12. 4. 94.

Briefkasten

**H. A. Laurentz und andere.** „Gewerkschaft“ Nr. 12 und 13 ist infolge des Generalrats gleichzeitig als Anlage mit Nr. 14 erschienen. Inzwischen werde ich das ja wohl auch entdeckt haben!

**B. Götlich und andere.** Verant ist bereits durch Streikfertig erledigt. Der ersuchen dringend nur das allgemein Interessierende einzuziehen. D. A.

Eingegangene Schriften und Bücher

**Natur und Liebe.** Reichlich zur Verführung, Verleitung und Vertiefung der Heilheit des Zeitalters. Herausgegeben von Dr. Guido Hofmann. Verlag für Fortschritt-Verbreitung, Bielefeld 1920. Nr. 2. Inhalt: Natur, Schönheit, Schönheit, Der Herr der Welt, Der gewerkschaftliche Kampf zur Zukunft und Schönheit, Gemüt und Leben: Mann der Arbeit kommt, Der politische Kampf, Veraltetes Weltbegriffen, Recht und Liebe, Jugend, Religion und Leben. — Die Nummern 1-3 sehen 1-0 22.

Teilnahme des Verbandes.

K. Müller, Hildesheim	Georg Henke, Cornitz	P. Helling, Hildesheim
4. 1. 1920, 2. 1. 1920	2. 1. 1920, 3. 1. 1920	3. 1. 1920, 4. 1. 1920
Alfred Heyde, Ruel. Erz.	Ernst Hebert, Dresden	Martha Jäger, Hildesheim
1. 1. 1920, 2. 1. 1920	1. 1. 1920, 2. 1. 1920	3. 1. 1920, 4. 1. 1920
Franz Hainiger, Hildesheim	Walter Heine, Hildesheim	Otto Häder, Leipzig
1. 1. 1920, 2. 1. 1920	1. 1. 1920, 2. 1. 1920	3. 1. 1920, 4. 1. 1920
P. Ferdinand, Hildesheim	Adam Haack, Cöln	Edmund Krimm, Leipzig
1. 1. 1920, 2. 1. 1920	1. 1. 1920, 2. 1. 1920	3. 1. 1920, 4. 1. 1920
Cina Heister, Hildesheim	Jon Schütz, Cöln	Janus Sauer, Hildesheim
1. 1. 1920, 2. 1. 1920	1. 1. 1920, 2. 1. 1920	3. 1. 1920, 4. 1. 1920
Cl. Rade Föhm, Hildesheim	Oskar Heise, Götting	Friedr. Zahn, Hildesheim
1. 1. 1920, 2. 1. 1920	1. 1. 1920, 2. 1. 1920	3. 1. 1920, 4. 1. 1920
Valentin Dr. v. Maiba, Berlin	Fr. Heise, Götting	Aug. Kuhnert, Hildesheim
1. 1. 1920, 2. 1. 1920	1. 1. 1920, 2. 1. 1920	3. 1. 1920, 4. 1. 1920
Otto Lemke, Berlin	Fri. Kress, Hildesheim	Johann Lohr, Hildesheim
1. 1. 1920, 2. 1. 1920	1. 1. 1920, 2. 1. 1920	3. 1. 1920, 4. 1. 1920
Cl. Heise, Berlin	Fr. Köppl, C. Hildesheim	Katharina Müller, Hildesheim
1. 1. 1920, 2. 1. 1920	1. 1. 1920, 2. 1. 1920	3. 1. 1920, 4. 1. 1920
Ed. Schmidt, Berlin	Carl Peters, Hildesheim	Christina Ziemann, Hildesheim
1. 1. 1920, 2. 1. 1920	1. 1. 1920, 2. 1. 1920	3. 1. 1920, 4. 1. 1920
Bernhard Wendi, Berlin	Friedr. Franke, Hildesheim	Johann Ober, Hildesheim
1. 1. 1920, 2. 1. 1920	1. 1. 1920, 2. 1. 1920	3. 1. 1920, 4. 1. 1920
Gustav Schulz, Hildesheim	Chr. Heine, Hildesheim	Gertraud Elmer, Hildesheim
1. 1. 1920, 2. 1. 1920	1. 1. 1920, 2. 1. 1920	3. 1. 1920, 4. 1. 1920
Chr. Heine, Hildesheim	1. 1. 1920, 2. 1. 1920	1. 1. 1920, 2. 1. 1920
1. 1. 1920, 2. 1. 1920	1. 1. 1920, 2. 1. 1920	1. 1. 1920, 2. 1. 1920

Chre ihrem Danken!

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin SW 16, Wustenhäuser Str. 15 (Redakteur E. Dittmer), Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3103/06. Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe sein! Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 4 Mk. mit wöchentl. Beilage „Der Sanitätswart“ 6 Mk.

## Die „Volksfürsorge“.



iner der jüngeren Zweige an dem starken Baume der nach Zentralisierung strebenden deutschen Arbeiterbewegung ist die im Jahre 1913 ins Leben getretene gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung, die „Volksfürsorge“, gegründet von den deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften zu dem Zwecke, die Arbeitermassen von den Privatversicherungsanstalten mit ihren hohen Direktorengehältern, Lantienmen für Vorstände und Aufsichtsräte und Dividenden für die Aktionäre fernzuhalten, das Volksversicherungswesen zu reformieren und ein sozialisiertes Unternehmen zu schaffen nach dem Grundsatz:

Versicherung durch das Volk für das Volk.

Die Entwicklung war in vollem Zuge, als der Weltkrieg hereinbrach, der eine schwere Belastungsprobe für das junge Unternehmen bedeutete. Durch Einführung der Kriegsverbältnissen an und wirkte mit seinen niedrigen Prämienmässen in wohlthätigster Weise.

Millionen von Arbeitern und Volksgenossen haben aber bis heute leider noch nicht erkannt, daß ihr eigenes Unternehmen weit fürsorglicher für sie arbeiten kann, als die privatkapitalistischen. Außer den 4 Proz. Zinsen für die eine Million Mark Aktienkapital, mit dem die „Volksfürsorge“ von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründet ist, kennt sie keine Lantienmen an Vorstand und Aufsichtsrat und Dividenden an Aktionäre, die beispielsweise bei der „Victoria“ von 1904-1911 über 14½ Millionen Mark und bei der „Friedrich-Wilhelm“ in den vier Jahren von 1908-1911 802.281 Mk. betragen haben und heute noch sehr hoch im Kurse stehen. Mehr oder minder folgen ihnen die übrigen Gesellschaften und verändern ihre Volksversicherungen zu einem einträulichen Geschäft zu gestalten, während die „Volksfürsorge“ ihre Gewinne ausnahmslos den Versicherten zukommen läßt. Heute, wo das Wort Sozialisierung in aller Munde ist, sollte man es kaum noch für möglich halten, daß Millionen Volksgenossen, die sich stolz als Sozialisten betradeten und der Regierung bitterste Vorwürfe machen, daß sie so zögernd mit der Sozialisierung vorrückt, hinsichtlich der Versicherung die prämissen

Unterstützer des Privatkapitalismus sind und achlos an der „Volksfürsorge“, dem einzigen sozialisierten Versicherungsunternehmen in Deutschland, vorübergehen. Oder wie vielfach zu verzeichnen ist, daß sozialistische Gewerkschafter oder Genossenschaftler im Nebenamte Akquisiteure der Privatgesellschaften sind. Anders lassen sich die Zahlen nicht erklären, die der Stand der deutschen Lebensversicherung Ende 1918 ergibt, wofür soeben die Vergleichszahlen vorliegen. Demnach hatten die 27 Aktiengesellschaften 1917 einen Policenbestand von 9 722 340, 1918 von 10 426 411, ohne die 2 672 079 Policen der 20 Gegenseitigkeitsgesellschaften, wovon auf die „Volksfürsorge“ 292 098 entfielen. An der Zunahme von 608 941 Policen war die „Volksfürsorge“ mit 65 607 beteiligt. Günstiger gestaltete sich für sie das Geschäft unter den 21 die Volksversicherung betreibenden Gesellschaften, die 1918 9 421 502 Policen bekamen.

Unzweifelhaft günstiger wird das Jahr 1919 für die „Volksfürsorge“ sein mit seinen rund 160 000 Anträgen, woran beteiligt sind: Barmen-Eberfeld mit 18 774 Abchlüssen, Magdeburg 11 718, Essen 8688, Hamburg 6696, Berlin 6629, Waldenburg 6236, Chemnitz 5276, Posen 4511, Hannover 4272, Kiel 3838, Dortmund 3518, Frankfurt a. M. 3467, Leipzig 3309, Remscheid 3097, Köln 2233, Nürnberg 2163, Dresden 2014, Bochum 1922, Solingen 1900, Kassel 1707, Recklinghausen 1656, Düsseldorf 1603, Dessau 1593, München 1462, Bremen 1400, Ludwigshafen 1258, Saarburg (Elbe) 1219, Königsberg i. Pr. 1183, Halle 1011, Rostock 976 usw.

Auch die Erhöhung der Versicherungsprämie pro Kopf von 239 Mk. im Jahre 1913 auf 596 Mk. 1919 ist zwar erfreulich, entpricht aber noch durchaus nicht der Geldentwertung. Und doch besteht heute die Möglichkeit, sich bei der „Volksfürsorge“ mit 3000 Mk. bzw. 5000 Mk. zu versichern. Das wird allerdings erst im laufenden Jahr in Erdeimung treten.

Zeichnend ist es, daß in dem kleinen Orte Gollmutter jede 8. im großen Berlin aber erst jede 123. Person in der „Volksfürsorge“ versichert ist. Wenn auch manche andere (Profitier-)verhältnismäßig besser dastehen, so bleibt doch noch ein überreichliches Betätigungsfeld für die vorwärts strebende Arbeiterkraft übrig.

### Mahnwort.

Arbeitend Volk! Allein in diesen Händen liegt jetzt des ganzen deutschen Volks Geschick; O, möchte endlich wieder sich's zum Glück Und möcht sich's just durch Euch zum Guten wenden.

Lacht nicht durch falsches Trugwort Euch verblenden; Mit Muth und Klugheit nützt den Augenblick, Und denkt an Spartakus, an Rom zurück — Wollt unterm Säbnerschwert Ihr doch noch enden!

Soll gar ein brudermörderisches Ringen Euch um die schon erkämpften Früchte bringen? Genossen, laßt durch Schillers Wort Euch rühren

Geht seid Ihr ein unbeweglich Heer, Nur Einigkeit kann Euch zum Ziele führen, Zersplittert, seid Ihr machtlos wie vorher.

Wittich in L. d. „Welt a. M.“

namentlich, wenn man die 472 144 Gesamtversicherungsanträge der „Volkssfürsorge“ zu den 13½ Millionen sozialdemokratischen Stimmen, den über 7½ Millionen freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern in Vergleich stellt und bedenkt, daß der vierte Teil des deutschen Volkes konsumgenossenschaftlich organisiert ist. Das Uebermaß der Gleichgültigkeit dem Versicherungswesen gegenüber steht doch in zu starkem Mißverhältnis. Zugabe, daß die Millionen neu zu uns gestöhener Klassenossen noch wenig Kenntnis des Versicherungswesens besitzen und sich daher leicht von dem Meer der Versicherungsagenten beschwamen lassen, so ergibt sich, daß unsere Freunde in Stadt und Land doch bedeutend mehr im aufklärenden Sinne wirken müssen.

Bei den 21 die Volksversicherung betreibenden Gesellschaften erloschen im Jahre 1918 allein 158 481 Policen ohne Vergütung mit einer Versicherungssumme von 48 231 589 M., für die aus irgendeinem Umstand die Prämien nicht mehr gezahlt wurden. Die eingezahlten Prämiengehalte fielen den Gesellschaften als Gewinn zu, woran die „Volkssfürsorge“ aber nicht beteiligt war, da sie keinen Prämienverfall kennt. Kann ein Versicherter nicht mehr zahlen, dann wandelt sie die Versicherungspolice in eine Spar- oder prämienfreie Police um und niemand wird geschädigt. Schon diese eine Tatsache sichert den Arbeitern Gewinn. Ueber die weiteren günstigen Bedingungen kann sich jedermann leicht in den Konsumvereinen, den Gewerkschaften oder deren Bureaus und bei den Rechnungsteilern der „Volkssfürsorge“ unterrichten. Wo das nicht möglich ist, wende man sich direkt an die Hauptgeschäftsstelle der „Volkssfürsorge“, Hamburg 8.

**Gewerkschafter und Genossen!** Wem das Wohl seiner Familie am Herzen liegt und sie im Falle seines Ablebens nicht in der größten Not zurücklassen will, unternehme sofort Schritte zu seiner und seiner Familienangehörigen Versicherung bei der „Volkssfürsorge“. An das Verständnis der Frauen appellieren wir besonders, da sie die am meisten Leidtragenden sind, wenn der Ernährer der Familie plötzlich nicht mehr ist und sie dann in der größten Not zurücklassen muß. Neben der Gesundheit gehört Wohlergehen und das Gefühl einer, wenn auch nur in etwas gesicherten Zukunft zum Familienglück. Nicht derzeitig sich am stärksten, der am kartesten nach Sozialismus schreit, sondern der praktisch alle Gegenwartsmöglichkeiten benützt und sich für alle kommenden Fälle sichert. Dazu bietet ihn die „Volkssfürsorge“ alle denkbaren Handhaben, wenn er sich nur zu unterrichten bestrebt. Das hat aber eines zur Voraussetzung: er muß den Willen aufbringen, sich nicht in die Klauen der privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften zu begeben, sondern, auf die eigene Kraft bauend, sich der von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründeten sozialisierten „Volkssfürsorge“ zuzuwenden und für deren Ausbreitung zu sorgen. Wer kein Vertrauen zu sich selbst und den Einrichtungen seiner Klasse hat, wird nie ein mutiger Kämpfer in deren Befreiungskämpfen sein und immer in den Vorurteilen gegen die kommende Gesellschaft und der Zukunft der Arbeiterschaft gefangen bleiben. Damit wird er zum Hemmnis, der sich selbst am meisten schadet. Werft daher auch in dieser Frage die Gleichgültigkeit von euch und befreit euch hier, wo ihr es so leicht könnt, aus den Fingern des Privatkapitalismus.

## Die wichtigsten Vorgänge des Wirtschaftslebens.

Das „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 2, XVIII. Jahrgang, leitet seine Gesamtübersichten über die statistischen Zusammenstellungen für den Monat Januar mit wenig optimistischen Betrachtungen ein. Es schreibt:

„Die Lage des Arbeitsmarktes im verflohenen Januar wurde wie bisher durch den Stand der Kohlenversorgung bestimmt. Die Einfuhren des Eisenbahnereits in Rheinland-Westfalen und Oberschlesien sowie der Verzug der wichtigsten Wasserstraßen sind mit aller Deutlichkeit in Erscheinung getreten. Die Brennstofflage wurde dadurch weiter verschärft und die Folgen werden noch auf längere Zeit nachwirken. Aus allen Teilen des Reichs mehren sich die Meldungen über das zeitweise Erliegen von Elektrizitätswerken, Gasanstalten, Verkehrseinrichtungen, und auch in der Industrie verfehlt kein Tag, der nicht die Betriebseinstellung wichtiger Werke brächte. Für die Landwirtschaft gefährdet das Ausbleiben der Durschlässe die Prospektreifeablieferung und die Kohlennot in der Stickstoff- und Holzindustrie die Erzeugung der nach der Abwirtschaffung der deutschen Ackerbaue doppelt notwendigen Düngemittel und damit schon die nächste Ernte, so daß die Zeit der Not sich schier ohne Ende weiter zu erstrecken droht. Erfreuliche Auszeichen erweckende Zustände machen sich ver einzelt geltend, so in der Ablehnung der Sechstundenschicht in Bergarbeiterkreisen des Ruhrreviers, in der zunehmenden Aufnahme vernünftig geregelter Afordarbeit und in der hier und da von den Betriebsleitungen festgestellten Minderzahl früherer Arbeitslosigkeit. Den trüben Grundton des Gesamtbildes vermögen die vereinzelten Tage indes noch nicht zu erheben.“

Als besonders erwähnenswerte Erscheinungen des trüben Grundtones sind zu nennen steigende Warenknappheit, steigende Preise, sinkende Valuta (1 Papiermark = 7 Pf.) und als Folge dieser Erscheinungen wiederum neue Lohnforderungen, die im Augenblick der Bewilligung durch die täglichen Preissteigerungen bereits überholt sind, dazu noch steigende Arbeitslosigkeit und damit weiterer Minderung der Produktionsziffern. Alles Zeichen eines überaus' kranken Wirtschaftszustandes, dessen Gesundung in erster Linie durch intensive Steigerung der Produktion vorbereitet werden kann. Erfreulicherweise beginnt diese Anschauung, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, Allgemeingut zu werden. Die

Störungen des komplizierten Aderwerks, das unsere Volkswirtschaft darstellt, müssen vermieden werden, und hoffentlich gelingt es den Betriebsräten, dieses zu erreichen.

Nach den Annoten des „Reichsarbeitsblattes“ stiegen im Monat Januar die Arbeitslosenziffern der männlichen Arbeiter in 26 Fachverbänden von 2,5 v. H. im Monat Dezember auf 3,2 v. H. im Monat Januar. Die Arbeitslosenziffern der weiblichen Arbeiterinnen sind gleich geblieben.

Die stärkste Arbeitslosigkeit weist der Textilarbeiterverband auf mit 6,4 v. H., der auch im Vormonat die gleiche Ziffer hatte. Steigende Arbeitslosigkeit hat der Transporthandwerkerverband, von 2,4 auf 3,3 v. H., der Metallarbeiterverband von 1,2 auf 2,2 v. H. Auch unser Verband zeigt eine Steigerung der Arbeitslosenziffern von 0,9 v. H. im Vormonat auf 1,1 v. H. im Januar.

Einen Rückgang der Arbeitslosen haben die Bauarbeiter von 7,9 auf 5,9 v. H., ebenso die Holzarbeiter von 1,5 v. H. im Vormonat auf 1,4 v. H. im Januar.

Nach der Statistik der Arbeitsnachweise kamen im Monat Januar auf 100 offene Stellen 183 männliche bzw. 100 weibliche Arbeitsuchende, im Vormonat: 189 bzw. 126. Der Anstieg der männlichen Arbeitsuchenden bewegt sich noch immer fast in gleicher Höhe wie im Januar des Vorjahres, wo auf 100 offene Stellen 193 männliche Arbeitsuchende kamen. Das Angebot der weiblichen Arbeitskräfte ist innerhalb der 12 Monate zurückgegangen von 217 auf 100 von 100 offenen Stellen. Die Erklärung dafür dürfte sich daraus ergeben, daß die Arm-industrie, welche viele weibliche Arbeitskräfte beschäftigte, eingestellt ist, und andererseits durch die Demobilisierung der Mann wieder an Stelle der Frau in das Erwerbsleben getreten ist.

Von besonderem Interesse sind die Arbeitslosenziffern für den Monat Januar in den einzelnen Gewerbegruppen. Im Spinnstoffgewerbe kamen auf 100 offene Stellen 391 männliche bzw. 330 weibliche Arbeitsuchende, im Pappgewerbe 267, in der Metallindustrie 249 männlich bzw. 120 weiblich, bei der Gruppe Maschinen und Fabrikarbeiter 246 männlich bzw. 257 weiblich, im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe 121 bzw. 119, im Holzgewerbe auf 100

offene Stellen 83 männliche und 102 weibliche, im Bergbau meldeten sich auf 100 offene Stellen im Monat Januar 68 Bergleute, im Vormonat 74. In der Gruppe häusliche Dienste war im Januar das Angebot auf 100 offene Stellen 180 männliche bzw. 76 weibliche.

Nach dem Bericht der Demobilisationskommission betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 1. Februar 371 675 gegen 886 818 im Vormonat. Das „Neids-Arbeitsblatt“ führt den Rückgang auf die stärkere Arbeitslosenkontrolle zurück.

Die Zahl der versicherungspflichtigen Mitglieder ist nach den Berichten von 4910 Krankenkassen um 37 021, das ist um 0,4 v. H. gestiegen. Die Zahl der männlichen Pflichtmitglieder stieg um 0,2 v. H. auf 5 283 505, die der weiblichen um 0,2 v. H. auf 3 289 029, das sind zusammen 8 563 591 Versicherungspflichtige.

Nach dem Bericht des „Neids-Arbeitsblattes“ über den Beschäftigungsgrad der Industrie, der allerdings vom Statistischen Reichsamt ohne Verantwortung wiederzugeben wird, da die berichtenden Unternehmungen genaue Angaben nicht gegeben, ist immerhin zu entnehmen, daß in allen Industriezweigen reiche Aufträge vorliegen, daß aber die Produktion infolge Mangels an Rohstoffen, Maschinen und dergleichen stark behindert ist. Der Kolonnen-, Dampfmaschinen- und Gasmotorenbau klagt bei Ueberangebot von Arbeitskräften über Mangel an tüchtigen Spezialarbeitern. Viele Industrieunternehmungen klagen über die Zwangswirtschaft, was weiter nicht verwunderlich ist. Critisch ist der Bericht über eine Steigerung der Maschinfabrikation, eines wichtigen landwirthschaftlichen Hilfsmittels.

Aus dem für uns so überaus wichtigen Spinn- und Webstoffgewerbe wird berichtet, daß die Produktion nur ein Drittel der Reichenerzeugung darstellt. Mangel an Rohstoffen bilde die Hauptursache.

Die Holzindustrie ist nach dem Bericht in allen Branchen, abgesehen von einigen Ausnahmen, überaus stark beschäftigt, erweist sich überaus reich an Aufträgen, die nicht immer voll erledigt werden können. Die Thüringer Möbelindustrie meldet Mangel an Facharbeitern.

### Aufgaben der Betriebsräte innerhalb der Gemeindebetriebe.

Durch das zur Annahme gelangte Betriebsrätegesetz sind die Rechte der Arbeiter wesentlich erweitert worden. Schon die Weisungen, welche der Annahme des Gesetzes von Unversicherten entgegengesetzt wurden, muß jedem Arbeiter zu denken geben; auch denen, welche glauben, diese Erregungsbildung der Arbeiter mit einer geringfügigen Vermehrung ablehnen zu müssen. Und wer den Fortschritt in der Arbeiterbewegung aufmerksam verfolgt hat, wird zugeben müssen, daß mit der Annahme des Betriebsrätegesetzes eine neue Zeit in der Geschichte der Arbeiterbewegung begonnen hat. An den Arbeitern selbst wird es liegen, daß wir hierbei nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern weiter schreiten.

Von so manchem Kollegen hat man den Ausdruck gehört: „Wenn wir erst die Betriebsräte haben, wollen wir den Herren Betriebsleitern zeigen, was eine Harte ist. Dann wird es schon anders werden.“ Genug, anders wohl, aber ob auch besser, das ist eine andere Frage. So mancher, welcher obigen Ausdruck getar oder ihm zugehört hätte, wird sehr erstaunt sein, wenn er sich einmal ernsthaft mit den Pflichten bekanntmacht, welche ein Betriebsrat zu erfüllen hat. Denn hier mehr wie anderswo hat das Wort „Pflicht“: Wer Rechte hat, hat Pflichten. Nur wer ein ausgeprägtes Pflichtbewußtsein hat, wird fruchtbar Arbeit leisten für seine Kollegen und nicht zuletzt für die Allgemeinheit. Die Verantwortung der Betriebsräte im Vergleich zu denjenigen der Obmänner der Arbeitervereine ist eine noch größere. Daher ist es nötig, daß der Betriebsrat in gewisser Weise über den Parteien steht, damit er nicht eines Tages als „Vertreter der Arbeiterschaft“ gebraucht wird. In der jetzigen bewegten Zeit ist mancher alte Kampf auf der Straße geblieben, welcher in Wirklichkeit das Beste seiner Kollegen wollte.

Man soll es ja nicht nur anders, sondern auch besser werden, das heißt, bessere Verhältnisse herbeiführen für die Arbeiter wie für die betreffenden Betriebe selbst. Denn entscheidend der ökonomischen Existenz eines Betriebes ist der Erfolg für die Arbeiter. Wenn auch Gemeindebetriebe im Verhältnis zu den Privatbetrieben keine Widerstände stellen, sollen sie doch auch nicht mit Despekt arbeiten, denn letzten Endes muß auch der Gemeinde-

arbeiter zur Deckung dieses Defizits beitragen. Daher ist es eine der ersten Pflichten der Betriebsräte, das Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeiter zu stärken und dahin zu wirken, daß auch jeder Arbeiter seinen Platz, an den er gestellt ist, voll und ganz ausfüllt. In sozialisierten Betrieben soll kein Platz sein für Müßiggänger. Aus der Praxis wird es allmählich bekannt sein, daß ein Vorschlag zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit, Verbesserung der Arbeitsmethoden usw. glatt abgelehnt wurde, sobald er aus Arbeiterkreisen kam. Speziell in den Gemeindebetrieben ist den Betriebsräten hier ein großes Arbeitsfeld geschaffen, denn es ist ein offenes Geheimnis, daß gerade die städtischen Betriebe in dieser Hinsicht weit zurück sind. Die sprichwörtliche bürokratische Verwaltung in den städtischen Betrieben muß verschwinden, denn sie wirkt hemmend auf den Betrieb. Hier wird es nötig sein, bessere Verbesserungen in dieser Hinsicht gemacht werden sollen, daß der Betriebsrat sich mit der beteiligten Arbeiterchaft in Verbindung setzt, um auf Grund gemachter Erfahrungen das Beste in Vorschlag zu bringen. Natürlich wird sich mancher Betriebsrat von dem Wahne freimachen müssen, er könnte nun selbständig bestimmen, was zu tun und was nicht zu tun wäre. Er würde in diesem Falle bald seinen Irrtum bemerken und eines Tages auf dem Punkt angelangt sein, wo er nicht mehr weiter kann. Es wird daher nötig sein, mit der technischen Betriebsleitung enge Fühlung zu nehmen, um im Verein mit dieser zusammen zu arbeiten im Interesse der Arbeiter und des Betriebes selbst. Denn kein vernünftiger Arbeiter wird behaupten, daß der Kontrakt in der Lage ist, einen Betrieb technisch und auch kaufmännisch leiten zu können. Um mit Schiller zu reden: „Wo rohe Kräfte sinnlos wahren, da kann sich kein Geistes entfalten.“ Aber nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte sind durch das Betriebsrätegesetz den Betriebsräten in die Hand gegeben, die, wenn auch von verschiedenen Seiten als nicht genügend bezeichnet worden, immerhin als ein Fortschritt in der Geschichte der Arbeiterbewegung anerkannt werden müssen. Um nun allen diesen Aufgaben gewachsen zu sein, wird es nötig sein, daß sich die dazu Berufenen mit dem nötigen geistigen Nützung versehen. Denn es ist leider zu wahr, daß es nicht immer die Besten sind, welche berufen sind, als Interessenvertreter ihrer Kollegen zu wirken. Es soll damit gesagt sein, daß für die Wahl eines Arbeitervertreters nicht das politische Glaubensbekenntnis maßgebend sein soll. Nur ein gewerkchaftlich erfahrener Arbeiter wird den Aufgaben eines Arbeiterrats gewachsen sein. Daher ist es nötig, daß es der Seiten einer ist, welcher dazu berufen wird. Es genügt nicht, sich mit den Bestimmungen des Gesetzes bekanntzumachen, sondern es ist auch nötig, sich in der gesamten Geschäftsführung und Verwaltungstechnik eines Betriebes Kenntnisse zu erwerben. Der Betriebsrat muß in der Lage sein, sich selbst ein Urteil bilden zu können, denn nicht alle Verwaltungsbeamten sind fortschrittlich gesinnt, und mancher dieser vernünftigen Bureaukraten wird versuchen, den Betriebsräten die Tätigkeit so schwer wie irgend möglich zu machen. Wissen sie doch, daß mit jedem Fehler, der direkt oder indirekt von den Betriebsräten begangen wird, das Vertrauen der Wähler zu letzteren verloren geht. Bei einem Kampf der Arbeiter untereinander ist bekannterweise immer der Unternehmense der ladende Dritte. Das muß den Arbeitern immer und immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden, damit sie geschlossen vorgehen und für ihre eigenen Interessen kämpfen. Um nun hierbei auch den nötigen Erfolg zu erzielen, wird ein Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften noch mehr am Platze sein als früher. Wenn man auch hier und da die Meinung äußern hört, die Gewerkschaften hätten abgewirtschaftet und wären nicht mehr in der Lage, die Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen, so sind das Behauptungen solcher Arbeiter, die gerade in gewerkschaftlichen Fühlung noch sehr weit zurück sind. Jeder objektiv urteilende organisierte Arbeiter wird anerkennen müssen, daß es die Gewerkschaften sind, denen sie ihre Erfolge zu verdanken haben. Wenn auch die Leistung mancher Organisation für ihre Mitglieder nach der Meinung in letzter Zeit nicht das erreicht hat, was man erwarten hätte, so ist doch zu bedenken, daß es letzten Endes eben im Interesse ihrer Mitglieder geschehen ist. Hier als Vermittler zu wirken, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Betriebsräte. Sie sollen Verständnis an den Tag legen für alle Sorgen ihrer Kollegen und erscheinen sie noch so unbedeutend. Der Betriebsrat wird sich dadurch das Vertrauen seiner Kollegen erwerben und das wird auch in diesem Falle eine der ersten Voraussetzungen sein, um an dieser Stelle seinen Platz zur Zufriedenheit der Allgemeinheit und nicht zuletzt zu seiner eigenen auszufüllen.

R i d e l - P r e s l a u .

### Verlauf des Generalfstreiks in Gemeinde- und Staatsbetrieben.

**Kalen (Witth.).** Am Streik beteiligt waren alle städtischen Betriebe, mit Ausnahme des Gaswerks. Der Generalfstreik dauerte vom 16. bis 18. März.

**Mütern.** Das Gewerkschaftsrat rief am 16. März zum einseitigen Generalfstreik auf. Er wurde in allen Betrieben durchgeführt. In der Versammlung beteiligten sich Arbeiter und Beamte in Massen. Darauf folgte Demonstrationen durch die Stadt.

**Angermünde.** Völlig von der Arbeiterwelt abgeschlossen, langte hier erst am 14. März die Nachricht von der Proklamierung des Generalfstreiks an. Eine vom Gewerkschaftsrat einberufene Versammlung ergab Ablehnung des Generalfstreiks mit überproportionaler Mehrheit. Als aber am anderen Tage die Verhandlung des Verlagerungsantrages für Müren und Stadt Angermünde kam, verließen sämtliche Arbeiter die Arbeitstätten. Der am Tage zuvor abgeschlossene Generalfstreik wurde nun in maßgebender Weise von der organisierten Arbeiterchaft durchgeführt. Mit Rücksicht auf die im Orte herrschende Grippe wurde das Wasserwerk in Betrieb gelassen. Die Gasanstalt-arbeiter legten, bis auf zwei Mann, welche die Notstandsarbeiten verrichteten, die Arbeit nieder. Niemand suchte die Wiederaufnahme der Arbeit auf Schwierigkeiten.

**Münchberg i. Erzgeb.** Am 16. März wurde als Protest gegen den Realisationsplan ein 24stündiger Generalfstreik für den 16. März proklamiert. Die städtischen Betriebe, Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerk, Lebensmittelamt, sollten aufrechterhalten bleiben, wogegen Straßenreinigung und Tiefbauamt sich dem Streikbeidlich unterwerfen sollten. In obigem Umfang wurde auch ohne Zwischenfälle der Streik durchgeführt. Eine vorgenommene Maßregelung wurde auf Protest der Arbeiter des betreffenden Betriebes aufgehoben.

**Nollha.** Der Generalfstreik wurde am 16. März proklamiert. Sämtliche Kollegen folgten dem Rufe der Ausschussmitglieder. Der Betrieb des Wasserwerks wurde aufrechterhalten, indem täglich drei Mann abwechselnd arbeiteten. Im Gas- und Elektrizitätswerk wurden die Notstandsarbeiten verrichtet. Das Personal hat am Streik nicht teilgenommen. Am 19. März wurde die Arbeit wieder allgemein aufgenommen. Kurzzeit schweben Verhandlungen wegen Bezahlung der Streiktage.

**Oranienburg.** Der Generalfstreik wurde am 14. März, 9 Uhr, begonnen. Er wurde von allen Gewerkschaften strikte durchgeführt. Die Gasfabrik hatte beschlossen, das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk und Krankenhaus arbeiten sollten. Am 23. März wurde der Generalfstreik von der Vollversammlung mit 133 gegen 33 Stimmen abgelehnt.

**Paderborn.** Nachdem am 13. März hier die ersten Nachrichten über den militärischen Besatzungen zum Generalfstreik aufgeföhrt, die tatsächliche Bevölkerung zum Generalfstreik aufgeföhrt. In Betriebsversammlungen wurde der Besatzung bekanntgegeben, daß die Aufrechterhaltung der städtischen Betriebe durch Wechselarbeit erfolgen soll und nur die allernotwendigsten Arbeiten auszuführen seien. In einer Mitgliederversammlung am 15. März wurde eine dreigliedrige Streikleitung gewählt und der Bericht von der Streikleitung und des Ersatzauschusses entgegengenommen. Die nicht arbeitenden Mitglieder meldeten sich täglich zur Kontrolle. Die Zahl der sich Meldenden betrug täglich im Durchschnitt 135. Am 22. März wurde die Arbeit im vollen Umfang wieder aufgenommen. Für die Streiktage wurden 60 Proz. des Lohnes gezöhlt. Der Besatzung wurde am 20. März vorkaufweise unter dem Vorbehalt, daß der Staat der Stadtverwaltung das Geld eröhlt, ausgezöhlt.

**Paderborn.** Die Beteiligung der städtischen Arbeiter am Generalfstreik war vollständig, mit Ausnahme der Gasarbeiter, die von der Streikleitung zum Arbeiten verpflichtet wurden. Der Generalfstreik währte 2 Tage.

**Weyreuth.** Am 16. März trat die Arbeiterchaft geschlossen in den Generalfstreik. Auch die städtischen Arbeiter, mit Ausnahme der Gas- und Wasserwerke, Krankenhause, Elektrizitätswerk, Gas- und Wasserwerke und Lebensmittelversorgung, beteiligten sich. Der Streik verlief in ruhiger Weise. Es fanden in drei Sälen der Stadt Protestversammlungen statt, die stark überfüllt waren.

**Wernburg.** Der Generalfstreik ist bei dem städtischen Wasseramt sowie im Seebad in musterähnlicher Weise verlaufen. Gas- und Wasserwerk haben auf Verhöhn des Aktionsauschusses weiter gearbeitet. Die städtische Schulen- und Kartoffelversorgung ebenfalls, sowie die Arbeit für die Versorgung der Bevölkerung ruhen war.

**Wittenberg a. S.** Hier haben sämtliche städtischen und städtischen Kollegen gestreikt. Der Betrieb beim städtischen Elektrizitätswerk und Wasserwerk ist nur durch einige Kollegen aufrechterhalten worden. Im großen und ganzen sind die Streiktage ruhig verlaufen ohne nennenswerte Zwischenfälle. Der Generalfstreik wurde am 18. März ausgerufen und am 20. März wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

**Wittenberg.** Der Generalfstreik sah auch in Wittenberg, Godesberg und Paderborn die Mitglieder des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes ruhig dem Rufe der Partelle und der Partei folgen.

Die Christlichen machten auch mit. So waren alle Betriebe mit Ausnahme der lebensnotwendigen stillgelegt. Die Straßenbahnen waren um 11 Uhr eingeföhrt und so die Straßen frei für eine große Demonstration. Das Personal der Krankenanstalten beteiligte sich nur wenig an der Streikdemonstration, während die Beschäftigten der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke alle dranhin waren und nur die notwendigen Posten in den Betrieben zurückgelassen hatten.

**Wittenberg.** Unsere Kollegen beteiligten sich vollständig am Generalfstreik.

**Wittenberg.** Nachdem am 13. März eine öffentliche Volksversammlung beschlossen hatte, am 15. März in den Generalfstreik zu treten, löste sich auch unsere Partelle an. In dem Gaswerk arbeiteten nur die Feuerleute, bezöghen im Wasserwerk und in der Mannpumpstation nur diejenigen Arbeiter, die zum Betriebe unumgänglich erforderlich waren. Täglich fand eine Mitgliederversammlung statt, in der die eingetroffenen Berichte bekanntgegeben wurden. Montag nachmittag kam ein Postzug ein, welcher den Bahnhof mit zwei Maschinenzügen besetzte. Das gab eine große Erregung, wobei auch ein Beschöfter zu besagen war. Durch langes Verhandeln mit dem Führer verließ der Trupp wieder die Stadt. Am 19. März wurde die Arbeit wieder aufgenommen, soweit es die technischen Verhältnisse zulassen. Jedoch stellten sich hier verschiedene Unbehände mit der Wiederaufnahme der Arbeit ein. Der heilige Arbeiterverband, welchem die Stadt angeschlossen ist, drohte mit Maßnahmen. Durch Vermittlung des Aktionsauschusses wurden aber diese zurückgezogen.

**Wittenberg.** Die Gasarbeiter haben während des Generalfstreiks gearbeitet. Die anderen städtischen Arbeiter waren im Ausstand.

**Wittenberg.** Das Gaswerk wurde außer Betrieb gesetzt. Wachen und Notstandsarbeit wurden von den Gasarbeitern und den Meßkern abwechselnd ehrenamtlich gemacht. Das Wasserwerk wurde, abgesehen vom ersten Tage, in Betrieb gehalten. Das Wasser durfte nur zu Gemüßgewöden verwendet werden. Geschäftswasser war im Gießernehmen zwischen Krotterstadt und Regensburg abgesperrt und verboten. Zur Aufrechterhaltung des Wasserwerks mußte das Elektrizitätswerk auch arbeiten, jedoch in schamhaftem Maße. Alle Stromleitungen nach der Stadt waren unterbrochen. Nur das Krankenhaus wurde beliefert, um den Krankenhausbetrieb aufrechtzuerhalten.

**Wittenberg.** Am Wasserwerk und in der Krankenanstalt wurde voll gearbeitet. In der Gasanstalt arbeiteten nur diejenigen Arbeiter, welche zur Gabezeugung dringend nötig waren. Die Arbeiter der Mühlfabrik streikten nur 1 1/2 Tage und nahmen dann auf Veranlassung des Aktionsauschusses die Arbeit wieder auf. Der Generalfstreik der städtischen Arbeiter dauerte 3 1/2 Tage. Die Streiktage wurden voll bezahlt.

**Wittenberg.** Am 16. März wurde vom Gewerkschaftsrat ein Gießernehmen mit beiden sozialistischen Parteien der Generalfstreik beschlossen. Am 17. März erschienen im Verbandesrat sämtliche Kollegen und Kollegen. Von der Streikleitung erfolgten Anweisungen über Streikpositionen usw. Im Elektrizitätswerk wurde der Betrieb aufrecht erhalten, auch den der Lebensmittelversorgung zugewiesenen Kollegen wurde die Arbeit im Dienste genehmigt. Der Aufbau mit seinen notwendigen Betrieben wurde von uns vollständig gesperrt. Folgende Anweisungen zu vermeiden, bei den Pagnern und sonstigen Maßnahmen wurde von uns eine Wache aufgestellt. Streikposten wurden zur Aufrechterhaltung gestellt, da das Amt die Arbeit hatte, das Auto an die Krotterstadt zu dirigieren. Das wurde bald verfehlt. Im Laufe des Tages wurden zwei Versammlungen abgehalten. Der Generalfstreik verlief sehr ruhig. Am 18. März war der Generalfstreik beendet.

**Wittenberg.** Es kam hier zum Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Militär, wo es auf beiden Seite Tote und Verwundete gab. Nach sehr kurzem Widerstand mußte das Militär einhelfen abziehen. Dann war die Ruhe in Wittenberg wiederhergestellt.

**Wittenberg.** Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Schlachthof und Friedhof sind vom Aktionsauschuss als lebensnotwendige Betriebe anerkannt worden und dürfen nicht streiken. Der Generalfstreik dauerte 4 Tage. Die Streiktage wurden bezahlt.

**Wittenberg.** Eine bewerkstelligte Anweisung bewirkte sich aller Arbeiter als am 13. März bekannt wurde, daß eine Partelle in Berlin die Fäden ergreifen haben sollte. Gewen aber, so werden sich sämtliche Partelle und Gewerkschaftsfunktionäre verhalten in Wittenberg wurde eine Volksversammlung einberufen. Es wurde eine Streikkommission und ein erweitertes Komitee gewählt, um die notwendigen Arbeiten in die Wege zu leiten. Am Montag wurden die Partelle beurlaubt und in einer großartigen Versammlung vor dem Parteibüro der Generalfstreik beschlossen. Darauf bewirkte sich ein großer Demonstrationen durch die Straßen der Stadt. Der Streikentscheidungs beschloß, daß das Gaswerk den nötigen Betrieb aufrechterhalten sollte, ebenso die Lebensmittelversorgung. Am 19. wurde die Arbeit wieder aufgenommen. In

den Versammlungen ging es oft hart her, doch waren sich S. P. D. und U. S. P. D. einig.

**Tübingen.** Der Proteststreik am 16. März wurde in der Weise durchgeführt, daß von Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk je zwei Mann zur Bereitschaft gestellt wurden. Das Maschinenpersonal sowie die Leute zum Kohlenförtern und Cienhausarbeiten haben weiter ihren Dienst versehen. Alle übrigen Leute haben am Proteststreik teilgenommen. Die Arbeit wurde am 16. März früh wieder aufgenommen. Den Ausfall des Lohnes haben wir bis jetzt zu unseren Lasten tragen müssen.

**Touaueschungen.** Der Generalstreik ist hier mit Ausnahme der lebenswichtigen Betriebe restlos durchgeführt worden.

**Uelzen.** Während des Generalstreiks haben die Arbeiter in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken gearbeitet, ebenso das Personal der Krankenhäuser Uelzen und Westfeld. Die städtischen Arbeiter haben nur zum Teil gearbeitet. Bei uns ist es auch zu Straßenkämpfen gekommen, wobei 8 Tote und 8 Verwundete zu beklagen sind.

**Ulm.** Am Kreiswasserwerk wurde vom 15. bis 23. März gestreikt. Notstandarbeiten sind verrichtet worden.

**Ulm.** Der Generalstreik setzte hier am 16. März ein. Die lebenswichtigen Betriebe wurden aufrechterhalten. Das Verhalten einiger Offiziere der Reichswehr, ferner die Einberufung der Studentenkompanie emporste die ganze Arbeiteridiotie. Die Forderung: Verhaftung der Arbeiterschaft sowie Entwaffnung oder Auflösung der Studentenkompanie war die Folge davon. Nachdem keine Eingänge erzielt wurde, beschloß der Aktionsausschuß die Stilllegung des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes ab Dienstag, mittags 12 Uhr. Bei Stilllegung des Elektrizitätswerkes durch die Betriebsleitung entstanden viele Kurzschlüsse, die auch verschiedene Praxen verurteilten. Die Direktoren der Peil- und Kleeplantage, des Krankenhauses, sowie der Frauenmilch wiesen auf die schweren Folgen hin, die die Stilllegung der technischen Werke nach sich ziehen können, und lehrten jede Verantwortung ab. Auf Grund dessen beschloß eine Betriebsraterversammlung die Aufhebung des verhängten Generalstreiks. Nachdem am 17. März der Eintritt der Reichsregierung bekannt wurde und die Studentenkompanie nach Marburg beordert wurde, beschloß eine Massenversammlung den Abbruch des Generalstreiks.

**Ulm.** Am 14. März wurde vom Gewerkschaftsamt eine Delegiertenversammlung veranstaltet. Der von ihr gebildete Aktionsausschuß berief auf Sonntagabend eine große Volksversammlung in den Stadtpark. Bei gutem Besuch der Versammlung, etwa 1500-2000 Personen, wurde auch für die Abgabe der Generalstreik ausgerufen. Die Arbeit ruhte, nur die Fabrik in den Gas- und Elektrizitätswerken wurde aufrechterhalten, jedoch ohne Abgabe von Kraftstrom. Am 14. März nahmen sämtliche Betriebe die Arbeit wieder auf. Der Generalstreik ist ruhig verlaufen. Einige Demonstrationen wurden während seiner Dauer veranstaltet.

**Ulm.** Die städtischen Arbeiter haben sich restlos am Generalstreik beteiligt. Nur die Stadtarbeiter im Gaswerk, die Arbeiter im Lebensmittelamt und in der Reichswehr beteiligten sich nicht daran. Am Nachmittag fand eine Massenversammlung statt, an der sich auch das Militärpersonal des Reichswehres beteiligte. Der Streik ruhte nicht bloß die Arbeiter, sondern auch das Bürgertum. Der ganze Verkehr war einseitig.

**Ulm.** Hier wurde nicht gestreikt. Eine öffentliche Aufklärungsvorlesung wirkte für Ruhe und Ordnung.

**Ulm.** Die Gas- und Wasserwerksarbeiter waren am Generalstreik nicht beteiligt. Von den Stadtratsarbeitern waren von 16 Kollegen nur 5 beteiligt.

**Ulm.** Am städtischen Krankenhaus und im Garnisonlazarett wurde im besten Interesse Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, die hier nach Privatunternehmern sind, wegen nicht stillgelegt. Der Streik ruhte ebensolche. Bedauerlich ist, daß viele städtischen Arbeiter in lebenswichtigen Betrieben arbeiteten und also zu ihrer eigenen Schande als Streikbrecher bekannt wurden.

**Ulm.** Nach der Proklamierung des Generalstreiks legten auch die hiesigen Kollegen die Arbeit nieder. Die Arbeit im Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk sowie im städtischen Krankenhaus wurde nicht unterbrochen. Der Streik ruhte sich bis jetzt noch nicht aufhoben, die Streiklage zu beklagen.

**Ulm.** Der Streik wurde vom vortell schiefacht vom 23. März, mittags 2 Uhr, bis 24. März, abends 6 Uhr. Die hiesigen Betriebe waren beteiligt. Von den hiesigen Arbeitern der städtischen Betriebe Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk, laut Beschluß des Komitees weitergearbeitet.

**Ulm.** Am 15. März hat hier die gesamte Arbeiterschaft in den Generalstreik. Die städtischen Betriebe beteiligten sich anfangs vollständig, doch wurden sie später militärisch besetzt. Aus diesem Grund wurden die Wasserwerk und Kanalreinigung von der Streikleitung freigegeben. Auch gelang es, daß die militärischen Besten wieder einbezogen wurden; die Notstandarbeiten wurden wieder aufgenommen. Ein Antrag des Arbeiterausschusses, die Streikfrage zu beklagen, wurde vom Magistrat angenommen.

**Ulm.** Der Generalstreik in Ulm dauerte vom 16. bis 18. März. Die Arbeiter und Angehörigen sämtlicher städtischen Betriebe sind mit in den Streik getreten. Gearbeitet wurde nur in den Betrieben, die der Aktionsausschuß als lebenswichtig erachtete. In den Gas-, Elektrizitätswerk und Wasserwerken arbeiteten nur die Arbeiter, welche unbedingt nötig waren zur Aufrechterhaltung der Gas- und Elektrizitätsversorgung sowie Wasserversorgung. Die vier Streikstage wurden den städtischen Arbeitern unverzüglich bezahlt.

**Ulm.** Am Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerk, Krankenhaus, Schlachthof und in der Kartoffelzentrale wurde gearbeitet. Die übrigen städtischen Betriebe lagen still. Am 20. März wurde die Arbeit gemeinschaftlich wieder aufgenommen. Die Streikstage wurden von der Stadtverwaltung bezahlt.

**Ulm.** Der Generalstreik ist hier in allen städtischen Betrieben mit Auslieferung aufgenommen und während fünf Tage einheitlich durchgeführt worden. Im Gaswerk wurde der notwendige Betrieb durch die Cienhausarbeiter aufrechterhalten. Im Tiefbauamt sind auch nur die notwendigen sanitären Einrichtungen aufrechterhalten worden, mit Zustimmung des hiesigen Aktionsausschusses. Zu Störungen ist es nicht gekommen. Vier Streikstage sind von der Stadt sowohl als von den Unternehmern bezahlt worden. Der Generalstreik ist am 15. März ausgerufen und am 19. März beendet worden.

**Ulm.** Hier setzte der Generalstreik am 16. März ein. In allen Betrieben wurde die Arbeit einmütig eingestellt, nur im Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk blieben die Schutzleute im Dienst. Die Lebensmittelbetriebe (Schlachthof, Kartoffelstelle) wurden auf Weisung des Aktionsausschusses aufrechterhalten. Am 18. März wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Bezahlung der Streikstage erfolgte in den städtischen Betrieben anstandslos.

**Ulm.** Der Generalstreik setzte am 16. März mit voller Macht ein. Von der Streikleitung war beschlossen, die lebenswichtigen Betriebe unter allen Umständen aufrechterhalten. So war die Versorgung mit Gas, Wasser und Elektrizität sichergestellt. Die Streikstage verliefen ruhig. Täglich strömten circa 7000 Personen durch die sonst so ruhigen und stillen Straßen zu den Versammlungen. In diesen Versammlungen wurde dann auch das Verhalten des städtischen Oberförsters mit scharfen Worten geißelt. Dieser gute Mann konnte es nicht begreifen, daß auch seine Arbeiter streikten, und drückte mit sofortiger Entlassung. Nach erfolgter Rückfrage mit dem Magistrat wurde erklärt, daß Abregierungen nicht stattfinden werden.

**Ulm.** Während des Generalstreiks ist hier teilweise gearbeitet worden im Gas- und Elektrizitätswerk. Diese Betriebe waren von der Reichswehr besetzt. Im Wasserwerk sollten fünf bis sechs Mann mit Zustimmung des Aktionsausschusses arbeiten. Die Stadtverwaltung lehnte das ab, weil sie die Streikfrage nicht bezahlen wollte. Dafür wurden die Arbeiter zur Arbeit herangezogen. Auf diese Weise wurde Götting auch während der Streikzeit mit Strom, Gas und Wasser versorgt. Mehrere Kollegen wurden verhaftet. Ein Kollege ist gefallen.

**Ulm.** Der Generalstreik im Montedepot begann am 17. März vormittags und endete am 18. März vormittags. Sämtliche Arbeiter beteiligten sich.

**Ulm.** Der Generalstreik wurde auf Grund eines Beschlusses des Gewerkschaftsamtels für Götting am 18. März proklamiert. Beteiligt waren die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke, der Erntereimung und der Gärtnerei. Nicht an dem Streik beteiligt waren die in der Umkleekabinen Beschäftigten und die Kriechwagenarbeiter. Von den hiesigen sowie von den städtischen Beamten bei keiner am Streik teilgenommen. Am 27. März wurde die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen.

**Ulm.** In unserem Orte wurde der Generalstreik nicht proklamiert. Am 15. März veranstalteten die freien Gewerkschaften sowie die Partei eine Protestversammlung. In unserem Betriebe wurde an diesem Nachmittag nicht gearbeitet. Sämtliche Bedienstete, soweit sie nicht zur Aufsicht der Anlagen sowie als Deputat benötigt wurden, nahmen an dieser Versammlung teil.

**Ulm.** Der Generalstreik wurde bei den Gemeindearbeitern sowie bei den anderen Gewerkschaften planmäßig durchgeführt, wobei die Ordnung ganz aufrechterhalten wurde.

**Ulm.** Nachdem wir von der hiesigen Militärbehörde gemeldet waren, daß der Streik der lebenswichtigen Betriebe unter allen Umständen aufrechterhalten, konnten sich die Gasarbeiter und die Arbeiter des Lebensmittelamtes am Generalstreik nicht ohne beteiligen. Die Arbeiter des Lebensmittelamtes beteiligten sich ohne Ausnahme und ruhte die Arbeit am 15. März vollständig. Am 16. März ruhte auch da die Arbeit auf Weisung der britischen Militärbehörde aufgenommen werden.

**Ulm.** Die Mitglieder unserer Filiale haben sich, da ein Teil von ihnen in der Wasser-, Brennholz- und Kartoffelversorgung beschäftigt ist, nicht am Generalstreik beteiligt.

**Ulm.** Der Aktionsausschuß hatte beschlossen, am 15. März in den Generalstreik zu treten. Krankenhaus im Gaswerk, Zentrale der Elektrizitätswerke, Krankenhaus, arbeiteten weiter. Am 19. März wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

**Ulm.** Sofort nach Bekanntwerden der Nachrichten der Herren Rapp und Genossen und noch ehe das Kris-

zariell die Parole des Generalstreiks gegeben hatte, wurde in allen Betrieben, die bei uns organisiert sind, die Arbeit niedergelegt, mit Ausnahme der allerunvermeidlichsten Notstandarbeiten. Aufgenommen wurde die Arbeit wieder am 18. März.

**Hann. Münden.** Der Generalstreik ist hier ohne Unterbrechungen zu Ende geführt worden. Die Stadtverwaltung zahlte den Bauamtsarbeitern für drei Streikstage Lohn aus, ebenso den Gasarbeitern. Den Arbeitern der städtischen Abfuhranstalt, die am letzten Streiktag die Arbeit aus gesundheitlichen Gründen aufgenommen hatten, wurde der Lohn für die ganze Woche voll gezahlt.

**Hartba-Stadt.** Als am 15. März in unserer Stadt der Auftrug erteilt wurde, den Generalstreik zu beenden, legten sämtliche Kollegen die Arbeit nieder. Nur das Elektrizitätswerk arbeitete weiter. Interessant ist es nur, daß zwei Kollegen acht Tage zuvor wegen Arbeitsmangel die Kündigung erhalten hatten, daß schon am 15. März nachmittags der Stadtbaumeister ins Aktionsbureau kam und daß sämtliche städtischen Arbeiter arbeiten dürfen. Darauf nahm am 16. März der größte Teil der Kollegen die Arbeit wieder auf. Bis zum 27. März haben dann sämtliche Vorstandsmitglieder die Kündigung erhalten. Das wirkt ein Schlaglicht auf die Gefinnung der Stadtverwaltung.

**Harzgerode.** Der Generalstreik verlief vollkommen ruhig. Nach einer gewaltigen Demonstration am 13. März vor dem Rathaus, bei welcher das Gewerkschaftsblatt für Montag, den 15. März, den Generalstreik, mit Ausnahme der Gas- und Wasserwerke, der Streik wurde in sämtlichen Betrieben reiflos durchgeführt. Am 20. März wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

**Hattingen Ruhr.** Laut Bescheid des Aktionsausschusses sollten die lebenswichtigen Betriebe (Gas, Wasser- und Elektrizitätswerke) während des Generalstreiks aufrechterhalten bleiben. Wir haben uns dem Bescheid gefügt.

**Hilbe i. Ostf.** Es waren 15 Kollegen an dem Generalstreik beteiligt. Gas- und Wasserwerk waren in vollem Betrieb. Dauer des Streiks 3 Tage.

**Hövelberg.** Am 16. März rubte alle Arbeit zum Erhöhen aller Reaktionsäre und Selbstberäher Zieher. War die neuentwickelte Arbeit in den lebenswichtigen Betrieben wurde gestrichelt. Glanz und war die Disziplin der demonstrierenden Massen. Was sie bei der feindseligen Massenstadt am Radar derartige Massen auf der Straße gesehen. Die Einigkeit der Arbeiterchaft war vollzogen. Hoffen wir im Interesse der Schlagfertigkeit und der Stabilität der organisierten Arbeiterchaft, daß sie bestehen bleibt.

**Heidenheim.** Am 16. und 17. März wurde hier ein 48-tägiger Streik in sämtlichen Betrieben durchgeführt. Der Betrieb wurde im Gas, Wasser- und Elektrizitätswerk durch unsere eigenen Kollegen aufrechterhalten.

**Hersford.** Am Generalstreik waren 145 Kollegen beteiligt. Von allen Betrieben wurde die Arbeit am 16. März geschlossen niedergelegt und 19. März wieder aufgenommen. Gas, Wasser- und Elektrizitätswerk arbeiten beschränkt.

**Hilburghausen.** Da vom Aktionsausschuss, der mit den Behörden in enger Fühlung stand, eine Streikparole nicht gegeben war, standen hier die Betriebe nur einige Stunden still, an denen eine Protestdemonstration „Gegen Reaktion und Monarchie“ stattfand. An ihr beteiligte sich unsere Gewerkschaft rge. Der Betrieb der Landesbeamten wurde nur vorübergehend aufrechterhalten.

**Hirschberg.** Es wurde in der Parteiführung beschlossen, daß in

lebenswichtigen Betrieben gearbeitet werden sollte. Infolgedessen blieben in Betrieb das Lebensmittel-, die Molk- und Gerbereireinigung, das Wasserwerk und das Elektrizitätswerk. Installateure haben nicht gearbeitet. An Wasserleitungen wurden nur Notarbeiten verrichtet, z. B. bei Rohrbrüchen. Friedhof und Gärtnereien haben auch gearbeitet. Bei der Bauverwaltung war alles im Streik. Bei den Urabern wurde ein städtischer Arbeiter erwidert. Sanitätspersonal blieb bei seiner Arbeit. Chausseewärter haben zum Teil gearbeitet. Gestreikt wurde vier Tage lang. Am 19. März ging jeder wieder an seine Arbeit.

**Holzminde.** Laut Bescheid des Gewerkschaftsstellens und der Arbeitergemeinschaft wurde am 15. März der Generalstreik erklärt. Es arbeiteten nur die Feuerleute im Gaswerk und ein Hofarbeiter, welcher den Holz nach dem Krankenhaus und den Schulen zu besorgen hatte. Als die störrische Bauverwaltung besetzt war, wurde die Arbeit am 22. März wieder aufgenommen.

**Honn (Muhlth).** Bei uns verlief der Streik ruhig. Staatsarbeiter haben gar nicht gestreikt und die Gemeindearbeiter nur 2 1/2 Tage. Beim Kampf mit dem Militär ist einer getötet und sechs wurden verwundet.

**Hünfeld.** Der Generalstreik ist hier beim staatlichen Wasserbauamt voll durchgeführt worden, abgesehen der Wasserbauten und der Bauarbeiter. Ein Mann gegen den Generalstreik gearbeitet haben. Er ist aber sich selbst hinreichend zu lassen: „Schade, daß die Genämmerie und Kolonial nicht hinter uns steht.“ Die Arbeiter des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes haben laut Bescheid der Oberleitungsleitung die Arbeit nicht eingestellt. Auch das Krankenhaus nicht.

**Ilmenau.** Gas und Elektrizität wurden in der Zeit von Montag 1 Uhr bis abends 6 1/2 Uhr ganz gestoppt, während der anderen Zeit versorgten eine Anzahl Mannschaften die Bevölkerung, daß kein Gas oder Strom für Industrie entnommen wurde.

**Kassa.** Unsere Forderung war am Generalstreik nicht beteiligt. Der Aktionsausschuss hatte beschlossen, daß die lebenswichtigen Betriebe weiterarbeiten sollten.

**Kiel.** Die Arbeiter in den städtischen Betrieben (Gas, Wasser- und Elektrizitätswerke) war vollkommen. Die Technische Wasserleitung ein, konnte aber nur durch das Licht und Wasser laufen, die Wasserversorgung war beschränkt. Die Kranken- und Irrenhäuser haben den Dienst weiter versehen.

**Kölnberg.** Am 15. März trat die Kölnberger Arbeiterchaft in den Generalstreik. In den lebenswichtigen Betrieben wurden nur die Notstandarbeiten verrichtet. Wasserwerk und Pumpstation waren in vollem Betrieb. Technische Rathilfe in den Betrieben arbeiten zu lassen, sicherte trotz Androhung eines Bürgerrechts an dem Widerstand des Magistrats. Am 20. März wurde die Aufhebung des Generalstreiks beschlossen. Der mehrheitlichen Disziplin der Arbeiterchaft ist es zu denken, daß Ruhe und Ordnung nicht gefährdet wurden.

**Königsbrunn, O.-S.** Wir haben in Königsbrunn nicht gearbeitet. Würde die Regierung hier auf ihrem Standpunkt verharren, so wäre es auch bei uns so weiter gekommen, daß wir in den Generalstreik getreten wären. Hebrus es sind wir im besten Gebiet.

**Kreuznach.** Am 17. März wurde hier der Generalstreik proklamiert, an dem über 4000 Gewerkschaftler teilnahmen. Von unserer Mittelle beteiligten sich, außer Gaswerk und Lebensmittelamt, 85 Mann an dem räumlichen Antisozialen Demonstrationen.

**Kronach.** An den Generalstreik beteiligten sich sämtliche Gemeindefunktionäre mit Ausnahme der Gasarbeiter. Der Streik

### Die vier Eckpfeiler der Gewerkschaftsbewegung.

Man vergleicht die Gewerkschaft gern mit einem starken Gebäude, das seinen Bewohnern Schutz und Unterkunft bietet. Dieser bildliche Vergleich ist nicht ohne Grund, denn die Gewerkschaft ist tatsächlich der unentbehrliche Schutz der am Verfall ihrer Lebenslage ringenden Arbeitsschichten. Dieses Streben stellt in kurzen Worten den Wesens Kern jeder Gewerkschaft dar. Doch ist es aber auch mehr, von Zeit zu Zeit zu unterbreiten, ob die Vorbereitung zur Erreichung des Schutzes des in der Gewerkschaft vorhandenen sind, jene Vorbereitungen, die von jeder Partei, aber zur Erreichung, zur Durchführung des Hauptzweckes unerlässlich sind.

Der Aufbau jeder Gewerkschaft ruht — um bei dem angelegenen Metapher zu bleiben — auf vier starken Ecksteinen. Aus deren Cardern wächst der Aufbau empor. Ihre Ordnung erst gibt dem Ganzen die nötige Stabilität und Widerstandskraft. Jeder der Eckpfeiler, denn heißt das Gebäude mit Festfund, es wird unerschütterlich und kräftig, es stellt ihm die Widerstandskraft, um allen Gefahren des Abwärtsschlusses zu sein. Auch über ist es der Geist, der sich den Körper baut. Die vier Eckpfeiler jeder Gewerkschaft heißen: Heberzeugungstreue, Opfermut, Solidarität und Disziplin.

Ohne diese Eckpfeiler ist jede Gewerkschaft ein unerschütterliches Gebäude. Erst sie ergeben den festen Grund zur Entschlossenheit, Festigkeit und Beharrlichkeit, auf dem die Gewerkschaft

glaubt. Darum müssen diese guten Eigenschaften immer wieder erneuert und gepflegt werden. Gewiß, das stolze Gebäude kost und es findet Bewohner, und heute mehr denn früher. Millionen Männer und Frauen sind in den letzten Jahren der Gewerkschaft zugeströmt. Gerade aber heute, daß alle, die heute in der Zukunft zu uns kommen, um sich ein besseres Wohngebiet durch die Gewerkschaft erkämpfen zu wollen, auch bereits den Geist erkaufen haben, der unerlässlich ist im Kampf und Gehalt. Wandern ist er notwendig. Aber die meisten müssen erst erzogen werden zur echten Heberzeugungstreue, zum freudigen Opfermut, zur Solidarität und Disziplin.

Heberzeugungstreue! Der Geist, der dem Arbeiter das Bewußtsein schafft, daß die Organismen unbedingt notwendig ist in der Gewerkschaft dem Lebenskampf. Daß die Gewerkschaft keinen Dummheit durchläßt mit leichten Heberzeugungstreue, sondern daß sie, selber ist in einem ständigen, kräftigen, festen und widerstandsfähigen Mensch, in dem der Gegner nie unterdrückt werden darf. Der Geist, der dem Arbeiter fest, daß es ohne die Gewerkschaft nicht geht und daß alles getan werden muß, um sie zu stärken, daß man dies fest und ermutern muß am guten Werke, um es auch für seine eigenen Brüder und Wetzler zu machen. Der Geist, der dem Arbeiter fest, daß die Gewerkschaft keine Spaltung, keine Zersplitterung zur Verwirklichung menschlicher Zwecke, vor allem kein Geldspiel ist, in dem man mit eifrigem Eintauchen Hundert Tollar gewinnen kann. Heberzeugungstreue ist der Arbeiter, der in der Gewerkschaft eine unerschütterliche Beharrlichkeit sieht zur Erreichung besseren Wohlergehens und Höherer Kultur, der sie wie ein Heilig-



... am 14 Stunden. Er schloß am 17. März, früh 8 Uhr, ein und... am 18. März, früh 8 Uhr. Gesamtzahl der am Streik beteiligten Arbeiter 2300.

**Mulmbach.** Sämtliche städtischen Arbeiter sowie acht Mann des Gaswerks haben schon am 17. März am Generalstreik teilgenommen. Die übrigen Leute des Gaswerks mußten ihren Dienst verlassen, da das Gaswerk zu den lebenswichtigen Betrieben gerechnet wird. Außerdem ruhten sämtliche Geschäfte Mulmbachs an demselben Tage.

**Landshut a. Har.** Hier war einseitiger Generalstreik am 17. März 1920. Es war nur das Wasserwerk im Betrieb. Im Gaswerk war nur eine Abkühlung zum Wärmehalten der Retorten. Straßenbahn, Elektrizitätswerk usw. bestritten sich voll am Generalstreik. „Technische Nothilfe“ trat in Kraft beim Elektrizitätswerk. In der Stadtratsitzung am 22. März wurde diese Beteiligung als Tarifstreich angesehen und sollten sämtliche städtischen Arbeiter, die am Generalstreik beteiligt waren, entlassen werden. Hierdurch wurde auf weiteren Stadtratsbeschlüssen für diesmal abgesehen, ebenso, um den Angehörigen der Arbeiter es nicht ergehen zu lassen, und zweitens, weil angenommen wurde, daß die Arbeiter aufhört waren und sich meistens nur gezwungen am Generalstreik beteiligt hätten. — Das ist ja ein interessanter Standpunkt, den diese Stadtovernahme zur Verfassungsgeschichte einnimmt. Sollte man sich diese Herrschaften nicht etwas enger anschauen?

**Langensalza.** Hier waren alle Betriebe bis auf die Gas- und Wasserwerke sowie Krankenhäuser am Generalstreik beteiligt. Der Streik dauerte acht Tage.

**Lichtenrade.** Hier traten am 17. März nach vorheriger Aushaltung mit dem Gemeindevertratte der S. P. D. in den Streik. Der ganze Gemeindebetrieb wurde durch einstimmigen Beschluß der Kolonnen lahmgelegt. Lehrer und Piararbeamte mußten hindurch auch streiken. Am 23. März nahmen wir nach vorheriger Information bei der Gewerkschaftsleitung die Arbeit wieder auf. Die Streiktage wurden bezahlt. Der Streik betraf Omnibusbetrieb, Arzeneimittelbetrieb, Gemeindebetrieb, Schule. Auch die Lehrer der Volksschule mußten nach langem Sträuben sich anschließen. Streikbrecher gab es keine.

**Vienna I. Schl.** Die Arbeiter im städtischen Gaswerk wurden durch den Arbeiterrat beauftragt, weiter zu arbeiten, um die Beleuchtung der Stadt aufrechtzuerhalten. Am Tage der Beendigung des Generalstreiks war die Vorratshölle aufgearbeitet und die Stadt war fünf Tage lang, bis zur Heranschaffung der neuen Kohle, ohne Licht.

**Vimbach.** Der Generalstreik dauerte hier sechs Tage. Die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke haben während den Betrieb aufrechterhalten, alle übrigen Arbeiter sind in den Generalstreik getreten. Früh 7 Uhr täglich nach Wiedlung auf der Arbeitsstelle. Das Baumaterial zur Aufrechterhaltung des Transports von Lebensmitteln, Kartoffeln und Holz in Arbeit geblieben. Hier wechselten die Arbeiter täglich ab. Alle Streiktage sind bezahlt worden.

**Weißenburg.** Die gesamten städtischen Betriebe wurden am 15. März stillgelegt. Nur der Innenbetrieb der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wurde aufrechterhalten. Die Polizei- und Fliegeranstellung war ebenso verfahren. Nur das notwendige Personal blieb in Arbeit. Am 17. März wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

**Spandau.** Nachdem die ersten Nachrichten über den Ausbruch der Kappzügen in Spandau bekannt wurden und die Aufforderung der Reichsregierung zum Generalstreik einlief, traten hier sämtliche städtischen Arbeiter geschlossen in den Generalstreik. Im Gaswerk wurden die Sicherheitsmannschaften aus der Reihe der Kollegen gestellt. Im Wasserwerk wurde nur das Pumpwerk in Betrieb gehalten. Damit war die Wasserversorgung gesichert. Anders lagen die Dinge im Gaswerk. Die Sicherheitswachen hielten die Leinwand unter Beobachtung, während eine Gasabgabe nicht erfolgen sollte. Entgegen dem Magistratsbeschlusse, die „Technische Nothilfe“ nicht zu rufen, ließ der reaktionäre Ortskommandant Straßmeyer, welcher seine Ausschärigkeit zu den Kappisten nicht verheimlichen wollte, die Streikbrecher unter dem Schutz der Einwohnerwehr ins Gaswerk holen. Die Kollegen verließen dann alls. das Werk, obwohl verschiedenen Kollegen im Falle ihrer Verhaftung zu arbeiten von Seiten der Nothilfe verlockende Angebote gemacht wurden. (Sie sollten Tagelohn bis 300 M. erhalten.) Diese Angebote wurden zurückgewiesen und so war die Nothilfe sich allein überlassen unter Führung der Gaswerksleitung und der städtischen Arbeiter. Betriebsmeister. Um eine Arbeitsverweigerung zu verhindern, hatte man Schutzhaftbefehle für den Direktor und der drei Betriebsmeister bereit. So mußten sie sich der Gewalt der Mannschaften fügen. Anders dagegen das Verhalten des früheren Obermeisters Donze. Den Kampf um die Entfernung dieses Herrn führt die Arbeiterpartei seit der Revolutionsperiode 1918. Donze stellte sich der Nothilfe zur Verfügung. Die Tätigkeit der Nothilfe war hervorragend, denn seit ihrem Einrücken waren kaum 30 Stunden vergangen, da war sie trotz Verhale des Obermeisters und des früheren Gaswerksdirektors Stellung am Ende ihres Laufs. Spandau war ohne Gas. Da holte man sich unsere Kollegen Fischer und Schulz. Kollege Fischer stellte den Führer der Nothilfe vor die Alternative, das Werk mit Mann und Maus zu verlassen, ebenso der inwärtigen zum Schutze der Nothilfe eingerückte Zug unserer lieben Soldateska. Die Waffen sollten sie auf dem Werk lassen. Es wurde aber notwendig, die Werkstätten auf dem Wasserwerk fortzuschaffen und Soldateska, Nothilfe und Einwohnerwehr vor abgeschlossenen Verhandlungen ohne Übergabe des Werkes verschwand auf dem Landwege. Als das Werk frei und der Erfolg der Gasarbeiter gesichert war, gingen unsere Kollegen daran, im Einwohnerwehren mit dem Aktionsausschuß die Fesseln wieder hoch zu bringen, so daß ein Tag nach Beendigung des Streiks Spandau wieder im Lichterglanz erstrahlte. Im Krankenhaus und im Lazarett wurde der Betrieb aufrechterhalten, um die Opfer der schwarzen Tage Spandaus aufzunehmen. Wandler drabv Genosse hat durch die Hugel der Soldateska den Tod gefunden. Am 25. März, dem Tage der Beerdigung der gefallenen Genossen und Genossinnen, wurden in ganz Spandau abends die Betriebe unter Aufsührung von Postkutscharbeiten stillgelegt.

**Weißenburg.** Am 15. März schloß der Generalstreik ein und war am 17. März beendet. Die Protestkundgebung, welche Montag nachmittags stattfand, war groß. So etwas hat Weißenburg noch nicht gesehen. Alle Arbeiter waren eines Sinnes. S. P. D., N. S. P., freie und christliche Gewerkschaften. Es ging gegen die Reaktion. Die drei Streiktage werden gegen die Stimmen des Bürgerblocks bezahlt.

tum hier und sie zu bewahren sucht vor jedem Nachteil und jeder Schwächung.

**Opfermut!** Er ist das Produkt der Heberzeugung. Wer die letztere hat, schenkt nicht das Opfer. Er weiß, was notwendig ist, um die Gewerkschaft zu stärken. Er gibt gern seinen Beitrag, denn er weiß, er ist notwendig und bringt hundertfältige Rendite. Er hält darauf, daß auch andere die gleiche Pflicht erfüllen. Und er geht nicht nur in die Versammlung, um zu lernen, er lehrte auch und sucht zu begeistern auf Grund seiner selbstlosen Heberzeugung. Und er geht hin überall und wirkt für die Organisation, für seine Heberzeugung. Er mahnt zur Einheit und wacht darüber, daß das Band der Gewerkschaft nicht zerbricht wird. Er steht im Kampfe oft und fragt nicht nach dem Opfer, sondern streut nur nach Erfolg und Sieg.

**Solidarität!** Sie übertrifft Bond in Bond mit Heberzeugung und Opfermut. Sie ist der Ausdruck jener edlen Selbstlosigkeit, die das eigene Ich zurückstellt zum Wohle des Ganzen. Sie geht darauf aus, dem Leidenden zu helfen und den kämpfenden zu stärken, auch wenn das eigene Wohlbefinden darunter leiden sollte. Sie strebt für die Sache, nicht für die Person. Sie steht in jedem Schicksalsmomenten den Bruder und Freund, den Mitstreitenden für Wohlthat und Recht. Sie sieht das Ganze, strebt für das Ganze, eifert und kämpft für das Ganze. Sie ist der beständige Ausdruck gewerkschaftlicher Wandelbarkeit.

**Disziplin!** Sie bedeutet das notwendige Opfer persönlicher Ungelegenheit zum Wohle des Ganzen. Sie ist jene Heberzeugung, die uns sagt, daß nur der Wille der Mehrheit entscheidet und

daß jeder sich dem damit zum Geset erhobenem Gesamtwillen zu fügen hat im Interesse des guten Gelingens. Die stets der ausgeprochenen Parole folgt im Interesse der Geschlossenheit, der Einheitlichkeit der Bewegung. Die die Unterordnung des einzelnen unter den Gesamtwillen als notwendige Maßnahme erachtet, die das von der Mehrheit gegebene Gesetz als oberste Richtschnur achtet und befolgt zur Erreichung des der Masse gesteckten Ziels, zum Wohle des Ganzen.

Diese vier Grundpfeiler stützen das Gewerkschaftsgebäude. Sie bilden die unerlässliche Voraussetzung jeden gewerkschaftlichen Erfolges. Jede gewerkschaftliche Tätigkeit trägt den Stempel der Einheit und der Zweckmäßigkeit auf. Erfolge an der Zehn, wenn die Mitglieder der Heberzeugungstreue, des Opfermut, der Solidarität und Disziplin ermangeln. Admet also auch auf die Ziele, nicht nur auf Höhe und Breite! Gebt dem Kundem die Stärke, die notwendig ist, den Aufbau tragen zu können. Und je höher der Aufbau, um so stärker müssen die Grundmauern sein!

Darum seid nicht Mitglieder nur aus kurzfristigen, egoistischem Eigennutz. Sucht auch nicht höher zu sein als verführbar Eitelkeit und Eitelkeit. Vagrecht das schönste Motiv, das der Gewerkschaftsbewegung innewohnt, das deren Seele und Kraft ist. Sucht die Heberzeugungstreue, beugt frohen Opfermut, acht Solidarität und beugt strenge Disziplin! Sie sind die Voraussetzung des Erfolges, sie bedingen in erster Linie den Wert, die Stärke und den Sieg der Gewerkschaftsbewegung!

„Amerikanische Widerg.“

bedessen  
braben-  
lature  
r Not-  
rnerer  
Streik,  
nitäts-  
m Teil  
gung  
  
und der  
erklärt,  
rbeiter,  
zu be-  
it war,  
  
Staats-  
er nur  
en und  
  
berbau-  
und der  
haben.  
ie Gene-  
s Gas,  
erliche,  
nicht.  
n mutig  
ander n  
ng, daß  
  
beteiligt  
gen Be-  
  
(Gas-  
schliche  
Wasser  
Arten-  
  
t in den  
die Not-  
aren in  
euten an  
Wider-  
ung des  
Arbeiter-  
wurden.  
g leicht.  
n wäre  
rechtlich  
  
teil pro-  
n Gelamt,  
nensung,  
ide Ge-  
r Streik  
  
e wieder  
sacht und  
Millionen  
berkschaft  
r Zuer-  
durch die  
it erfährt  
n ist er  
ur ersten  
räftig und  
  
Arbeiter  
n und  
rechtlich  
sog, lan-  
nd witer-  
en darf,  
daß nicht  
daß man  
auch für  
der dem  
Gelingen  
n Glucks-  
Tollort  
n der Ge-  
kämpfung  
n Heilig-



ein Erfolg, der der Arbeiterschaft eine Nachzahlungssumme bringt und den Stadtvätern für die Sorge den Weg zeigen dürfte, mit den Organisationen ohne die Inanspruchnahme solcher Instanzen zu verfahren.

**Dresden.** In der überfüllten Versammlung der regulär bestellten Arbeiterschaft am 13. April 1920 erbat die Abgabe eines Beschlusses über den Lohnwertänderungen mit dem Arbeitgeberverband. Die von der Landeskommission zum Beschluß erlassene Forderung von 320 M. Wochenlohn für Handwerker war für den Arbeitgeberverband nicht diskutabel. Es wurde den Verhandlungsführern vielmehr empfohlen, daß der Arbeitgeberverband bereit sei, den Lohn des untersten Arbeiters mit einem Zuschlag zu erhöhen, sowie dem Kammerwarter für jedes Kind einen Zuschlag zu gewähren. Nur sich ein hohes Maß über diese Zuschläge der Forderung zu machen, waren unsere Kollegen der Meinung, daß diese Forderung einseitig zu Gunsten der Arbeiter sein könnte. Die Verhandlungsführer sind erwidert worden, daß man sich um so mehr für den Lohnwert erhöhen sollte, je höher der Lohnwert der Verhandlungsführer ist. Nach fünfständiger Verhandlung wurden die Verhandlungen abgebrochen, nachdem festgestellt, daß eine Einigung nicht zu erzielen sei. Es wurde vereinbart, einem Schiedsgericht die Frage der Lohnsätze, die Frage, ob Wochen- oder Stundenlöhne, ob Mindest- oder Normallöhne, und die Differenzierung der Löhne der Jugendlichen zu unterbreiten. Die Verhandlungskommission bestimmte die Kollegen Freyhler und Heider. Dresden und Reich-Weißig zur Begründung unserer Forderungen vor dem Schiedsgericht. Unter dem Vorsitz des Regierungsrates v. Knapendorf sollte das Schiedsgericht am 9. April folgenden Schiedssprüche:

„Erstschließen:

	A	B	C
1. Handwerker . . . . .	4,00 M.	4,30 M.	8,80 M.
2. Angelernte Arbeiter . . . . .	4,40	4,10	8,60
3. Unangelernte Arbeiter . . . . .	4,20	8,90	8,40
4. Hochberuflerinnen . . . . .	8,10	2,80	2,90
5. Arbeiterinnen . . . . .	2,00	2,00	2,10

Jugendliche Mäntelchen von 17-18 Jahren erhalten 1 M., von 18-19 Jahren 0,75 M., von 19-21 Jahren 0,40 M. für die Stunde weniger; jugendliche Weibchen von 17-18 Jahren erhalten 0,75 M., von 18-19 Jahren 0,40 M. für die Stunde weniger.

2. Die Arbeiter sind im Stundenlohn zu bezahlen. 3. Die Lohnsätze stellen die Normallöhne dar, jedoch sind gemäß Artikel 3 des bisherigen Lohnsatzes für qualifizierte Arbeiter höhere Löhne dauernd zu zahlen. 4. Die neuen Lohnsätze treten ab 1. April 1920 in Kraft und unterliegen einmonatlicher Kündigungsfrist.

Um der Vermittlung Gelehrten zum Vergleich unserer Löhne mit den Löhnen anderer Arbeiter zu geben, ersuchte Kollege Freyhler die Löhne der Metallarbeiter, Transportarbeiter und Eisenbahner. Danach hat der Gewerkschaftenverband sehr günstig ausfallen. Der Tarif der Metallarbeiter sieht am Orte für Arbeiter über 25 Jahre 10 bis 20 M. weniger vor, bei den Jugendlichen tritt sogar eine Minderung von 60-80 P. ein. Und zu unseren Löhnen kommen außerdem noch die sozialen Kürzungen: an einer Stelle die Verzinsung der Wochenlöhne und des Differenzbetrages zwischen Krankenzahl und Lohn in Krankheitsfällen. Aus diesen Gründen empfiehlt Kollege Freyhler der Versammlung die Annahme des Schiedsspruches. Die Stimmung der Versammlung wurde durch mehrere Kollegen, die sich für entscheidende Ablehnung des Schiedsspruches unter Androhung des Streiks ausdrückten, sehr erregt. Sie ließen außer Acht, daß nicht die Dresden Arbeiterschaft allein entscheidend ist, sondern die Masse der sächsischen Arbeiterschaft in Frage kommt und wendet, daß auch der Arbeitgeberverband sich für die Annahme des Lohnes noch nicht erklärt hätte. Von einigen die Verbände erlernenden Kollegen wurden die ersten auf die Tarifblätter verwiesen und ihnen ebenfalls die Annahme empfohlen. Man könne keineswegs dazu kommen, die Löhne, nachdem sie die Löhne der Metallarbeiter übersteigt, haben abzulehnen. Die Empörung der großen Masse der Arbeiter in der Privatindustrie würde keineswegs vorhanden sein. Nachdem Kollege Freyhler in seinem Schlußwort auf die gestiegene Arbeitslosigkeit eingegangen war, ergab die Abstimmung über den Schiedsspruch sowie über den Lohnwert, daß von 1004 abgegebenen Stimmen 1403 für Annahme und nur 180 für Ablehnung stimmten. 21 Stimmentreu waren ungenau. Die Versammlung beschloß, daß an den Reichsminister ein Antrag gerichtet werde, worin die geltende Lohnklausel des Reichs wegen veraltet wird. Dadurch würden sich harte Lohnbewegungen erledigen und viel kostbare Zeit erspart werden.

**Tübingen.** Endlich haben wir auch unseren Tarif unter Dach und Fach. Er enthält an Stundenlöhnen gelernte Arbeiter 4,50 M., unangelernte in verschiedenen Stellen 4,40 M., unangelernte 4 bis 4,20 M., pro Stunde sowie pro Woche und Kind 2 M. Kindergeld. Die Reichsliste zeigt: 270 Mark oder und hatten alle brav und treu zusammen.

**Wiesbaden.** In der Mitgliederversammlung gab Kollege Hubert den Vierteljahrsbericht. Die Einnahme betrug 17.981,48 M., die Ausgabe 14.220,00 M., so daß ein Kassenbestand von 3751,48 M. verbleibt. Der Vortrag an das Kartell betrug 892,65 M., für Bildungswerke sind 341,10 M. vorausgeschickt worden. An den Haupt-

vorstand sind 9108,50 M. eingesandt worden. Die Mitgliedsbeitrag betrug 1293, davon 300 Frauen. Es wurde nun eine Zeitschrift der Stadtarbeiter beibehalten mit folgendem Vorstand: Hubert, 1. Vorsitzender; Markwardt, 2. Vorsitzender; Wöhrst, Schriftführer; Weisheit; Ehrenamt und Frau Weisheit. Es wurden auch am 1. Mai die Arbeitstagen zu lösen. Die Vollständigen beschließen, eine Parteiverammlung einzurufen. Die Schule soll in Form von Vorträgen mit Diskussion die Arbeiter in das Parteipolitik einweihen. Anmeldungen nimmt Kollege Hubert im Carlshaus, Lahnstr. 11, von 11-1 Uhr vormittags und 6-7 Uhr nachmittags an.

**Kassel a. S.** In der Generalversammlung am 14. April gab Kollege Hertel die Jahresrechnung vom 1. Januar. Die Einnahme der Kasselle betrug 19.057,07 M., die Ausgabe 13.320,74 M. Die Kasse hat einen Bestand von 5.736,33 M. Die Einnahme der Kasselle betrug 147.849 M., die Ausgabe 104.007 M. In der Kasselle ist abgeführt an die Kasselle 608,42 M. Der Mitgliederbeitrag betrug sich auf 2178. Auch die Kasselle der Kasselle Mitglieder sind vom 13. bis 20. März mit nachfolgender Lohn-tarif nachfolgend vom 1. März b. J. in Kraft. 1. Arbeiter und Arbeiterinnen über 24 Jahre (Handwerkerklasse) 185 M., über 24 Jahre (Arbeiterklasse) 175 M. 2. Handwerker unter 21 Jahren 125 M., über 21 Jahre 155 M., über 24 Jahre 190 M. 3. Angelernte Arbeiter: 18-21 Jahre 120 M., über 21 Jahre 150 M., über 24 Jahre 175 M. 4. Unangelernte Arbeiter: 18-21 Jahre 115 M., über 21 Jahre 145 M., über 24 Jahre 170 M. 5. Jugendliche Arbeiter 14-16 Jahre 60 M., 16-18 Jahre 80 M., 6. Arbeiterinnen 14-16 Jahre 60 M., 16-18 Jahre 65 M., 18-21 Jahre 70 M., 21-24 Jahre 80 M., über 24 Jahre 100 M. Qualifizierte Arbeiterinnen erhalten pro Woche 5 M. mehr. Personal des Straßendienstes: Für Vorbereitung- und Aufsichtsdienst: Fahrer und Vorarbeiter 10 M., Schaffner 15 M. mehr pro Monat. Arbeiter, die außerhalb der planmäßigen Arbeitszeit geleistet werden: Von morgens 6 bis abends 9 Uhr 32% Proz. von abends 9 Uhr bis morgens 6 Uhr 60% Proz. Sonn- und Feiertagsarbeit: Außer Schichtarbeit 100 Proz. Wechsel-schichtarbeit: von abends 10 bis morgens 6 Uhr 150 M. pro Schicht mehr. Hitze, schmutzige, schwere und gefährliche bzw. verantwortungsvolle Arbeiten 20 M. pro Stunde mehr. Nicht vollbeschäftigte Personen werden proportional ihrer geleisteten Stunden bezahlt. Dienstbereitschaft gilt als Dienst. Der Lohntritt tritt am 1. März in Kraft und kann von einem der Vertragschließenden mit einer Frist von 14 Tagen gekündigt werden. Bei Arbeiten, welche an Stellen zu leisten sind, die mehr als 4-6 Kilometer in der Luftlinie von der Wohnung entfernt liegen, wird, sofern der Hin- und Rückweg außerhalb der planmäßigen Arbeitszeit erfolgt, eine Zulage von 1,50 M. über mehr als 6 Kilometer 2 M. je Weg zu dem Lohn gewährt. Eine Vergütung für Wochen der Arbeit neben diesen Zulagen findet nicht statt. Die durch die Nachzahlung des Lohns entstehenden Unterchieds-beträge sind erst dann auszahlbar, wenn über die Verabreichung der Streikfrage eine Entscheidung herbeigeführt sein wird. Gebliebene Lohnvorschiebe sind daher erst bei der Auszahlung dieser Differenzbeträge in Anrechnung zu bringen. Eine Untersuchung hierzu wird nach erlassen werden. Dieser Tarif ist von den Behörden der Stadt anerkannt. Es weiteren sind 13 Paragraphen des Mantel-tarifs an unseren Gunsten auszufüllen. Die weiteren Verhandlungen über die anderen Städte werden in kürzester Zeit vorgenommen werden. — In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Hertel 1. Vorsitzender, Hubert 2. Vorsitzender, Ganssch 1. Kassierer, A. Müller 2. Kassierer, A. Quack 1. Schriftführer. Informationskommission: Lorenz, Petroske, Vert. Klump, Reich, Klein, Quack. Kollege Schmidt gab dann bekannt, daß vom Kartell ein Schreiben empfangen ist, wonach jeder Gewerkschaftler 5 M. Frauen und Jugendliche 3 M. für die Opfer der Revolution zu zahlen haben. Kollege Hertel beantragte, 100 M. für die Opfer aus der Kasselle, desgleichen für die Arbeiterinnen 100 M. zur Ergänzung ihres Verbandes. Diese Anträge wurden einstimmig angenommen. Eine Kommission soll die Streik-verfahren unterhalten. Beschlossen wurde noch, den Lohnwert bis zum 15. Mai zu kündigen.

**Südburghausen.** Zur die städtischen Arbeiter wurde ein Tarif abgeschlossen und mit einem vom Finanzamtlich vorgeschlagenen Änderungen vom Gemeinderat genehmigt. Die Arbeiter erhalten an Stelle der von uns gewünschten die meist niedrigeren Sätze des Staatstarfs. Bedeutend schlechter führen die Kreis- und Provinzialtarife, denen vom Arbeiter noch nicht einmal die in den Meinungs-Abmachungen gewählten 13 M. pro Tag bezahlt wurden. Sie müssen sich mit 10 M. pro Tag begnügen, da der Kreis bei höheren Anforderungen mit Entlassungen droht. Besterer Zustand ist es auch, der die Kollegen von der Organisation abhält. Daß aber trotzdem unser Ziel und es gewesen ist, der erst zu diesem wenn auch sehr bescheidenen Lohn beibehalten hat, scheint man in den städtischen Kreisen nicht verstehen zu wollen.

**Stettin.** In der Generalversammlung am 14. März gab Kollege Brügge den Bericht der Anstellungskommission. Er erklärte

daß Vorstand und Aufstellungskommission die elf eingegangenen Bemerkungsschreiben geprüft und geachtet haben und der Generalversammlung zur engeren Wahl den Kollegen Schwanig, Bonn und den Kollegen Schneider, Stadtverordneten in Köln, vorgelegt. Gewählt wurde Kollege Schneider gegen eine Stimme. Kollege Willert besprach dann unsere Lohnverhältnisse. Der Tarif läuft am 31. März 1920 ab. Man müsse sagen, daß die Löhne der städtischen Arbeiter am 1. März, wenn auch unzureichend wie alle Löhne in der heutigen Zeit, so doch im Verhältnis mit den Löhnen der Privatindustrie einigermaßen befriedigend waren. Die Preissteigerung hat aber im März bedeutend zugenommen. Wenn wir vor ein paar Tagen den Glanzen haben konnten, daß eine Preissteigerung nimmere eintreten würde, so habe der militärische Rutsch in Berlin das fernge dazu getan, daß die Entwertung des Geldes noch rapid zunahm. Es sei deshalb befehrt, heute schon bestimmte Forderungen zu formulieren. Die politischen Ereignisse können von Tag zu Tag unsere Berechnungen über den Dank wertig. Er schlug vor, die Versammlung beauftragt die Organisationsleitung, an die Stadtverwaltung und die Preisprüfstelle heranzutreten, damit in der letzten Woche des Monats März die prozentuale Preissteigerung der Lebensmittel seit 1. März festgestellt und ein dementsprechender Aufschlag auf die Löhne zu geben sei. Nach kurzer Debatte stimmte die Versammlung den Vorschläge zu. Zur „Vertragsänderung“ schlug Kollege Willert vor, drei Vertragsarten am 1. April 1920 einzuführen, und zwar: Lehrlinge und nicht vollbeschäftigte Frauen 1 M., Jugendliche bis zu 20 Jahren und Frauen 1,50 M. und Arbeiter über 20 Jahre 2 M. pro Woche. In der Debatte wurde die Notwendigkeit anerkannt und der Grundsatz vertreten, der Organisationspro Woche einen Stundenlohn. Einige Disziplinäre wollten noch über den vorgeschlagenen Betrag hinausgehen. Zustimmung wurde sodann der Vorladung der Ortsverwaltung angenommen. Beschlüsse wurde, die lokale Unterstützung in Krankheitsfällen abzusprechen, um den Kampferster der Cautionen allmählich wieder herzustellen. Kollege Willert begründete dann folgenden Antrag: „Der Hauptvorstand wird ersucht, durch Abstimmung die Änderung des Statuts dahin vornehmen zu lassen, daß in den Orten, wo bei Krankheitsfällen der Lohn bis zu zwei Drittel ausbezahlt wird, die Krankheitsunterstützung verfallen soll. Wir müssen endlich die gewerkschaftlichen Organisationen wieder dem Zweck zuführen, zu dem sie begründet wurden, Kampferorganisationen zu sein für die wirtschaftliche Bekämpfung der Arbeiterklasse und nicht: Unterstützungsvereinigungen.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Beschlüsse wurde hierauf, wegen des Rufsches in Berlin am 15. März vormittags 10 Uhr mit der Gesamtheit der Arbeiter in den Generalrat zu treten. Kollege Dingen ersuchte noch, die verschiedenen politischen Meinungen in den politischen Parteien auszutragen und in der Gewerkschaftsbewegung die Einheit wie bisher zu bewahren zum Nutzen der Gesamtarbeiterschaft. Gekanntlich komme bald der Zeitpunkt, wo die Arbeiterkraft wieder einmütig und geschlossen dastehe.

**Leipzig:** Am 29. März nahm die Versammlung aller Ausschüsse der nährischen und nährlichen Betriebe den Bericht von der Landeskonferenz vom Gauleiter Hilde entgegen. Der Redner hob hervor, daß er sich einer unauflösbaren Aufgabe entledigt, da er die gesamte Arbeit der Landeskonferenz als unfruchtbar bezeichnen müsse. Er stellte im Auftrage Leipzigs den Antrag, die Konferenz auf nächste Woche zu verlagern, der Antrag wurde abgelehnt, es wurde trotz Gehäuer der Maidinengewerkschaft, nur Leipzig war nicht vertreten. Die Konferenz nahm fast einstimmig den wegen der letzten Lohnforderung organisierten Schreckspruch an, der eine Stundenlohnsteigerung von 70 Pf. ab 1. März für alle Gruppen brachte. Bemerkenswert sei, die von der Konferenz aufgestellte neue Lohnforderung und die Annahme des Antrages, daß künftig der Lohn nur zwei Lohnklassen verbleibe, die Sombelohrkategorie sowie die C- und D-klasse in Westfalen kommen solle. Der Reichsmanteltarif wurde eingehend besprochen, die Konferenz beschloß ihn zur Annahme zu empfehlen. Die erläuterte dann die einzelnen Paragraphen des R.M. Tarifes. In der Aussprache wurde der Reichsmanteltarif für Leipzig als unannehmbar bezeichnet, die Zulassung der 60-Stunden-Woche für Schichtarbeiter bedeute die Etablierung des Achtstundentages, es müsse im ganzen Reiches Streit gemacht werden gegen diesen Tarif, er mache die Erzielung von Vert. Forderungen für die Gewerkschaften zur glatten Unmöglichkeit. Der Reichsmanteltarif gebietet das Fallen aller Landestarife. Ein Reichsmanteltarif kann nur angenommen werden, wenn er den Weg zu Verbesserungen nicht verbarriere, es müsse ein entsprechender Paragraph hineingebracht werden, daß alle Festsetzungen als Minimum zu gelten haben. Ein Antrag, den Gesamtverband für das Reichsmanteltarifprodukt ein Mittrauensstimment anzuschließen, wurde abgelehnt, hingegen der folgende Antrag angenommen: Die Arbeiterausschüsse und Vertrauensleute der nährlichen Betriebe bezeugen, daß der Reichsmanteltarif nur nach vorheriger Abstimmung, die zusammen mit der Hauptkommission über die Vertragsänderung vorgenommen werden soll, in Kraft treten darf, wenn sich eine Stimmenmehrheit dafür ergibt. -- Kollege Pisch gab dann den Bericht von der Verhandlung über die von der Landes-

Konferenz eingereichte Lohnforderung. Man müsse fruchtbares Arbeit leisten, unnützes Kraftvergeuden bringe uns nur Schaden; Wer kann mit Zug und Recht Forderungen vertreten, die siebzehnjährigen jungen Leuten einen um 10 M., achtzehnjährigen einen um 5 M. geringeren Verdienst als Familienvätern sichern. Der 19jährige Handwerker würde nach der aufgestellten Forderung 315 M. wöchentlich verdienen. Am Tage vor Beginn der eigentlichen Verhandlung fand eine Vorbesprechung statt, da die Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Geizer und Maschinisten, Zimmerer, Bauarbeiter, Kohlenarbeiter, Transportarbeiter sowie der Christliche Gemeindearbeiterverband beim Arbeitgeberverband beantragt hatten, als Mitkontrahenten zur Verhandlung zuzuziehen zu werden. Vom Arbeitgeberverband war Fr. Kaufmann, von den verschiedenen Arbeitgeberorganisationen 10 Vertreter anwesend. Der Bezirksleiter Liebe des Metallarbeiterverbandes erklärte, nachdem unseinerseits gesagt worden war, daß solange der Manteltarif in Geltung sei, eine Teilnahme anderer Organisationen bei den Verhandlungen über den Lohnstarif, der als integrierender Bestandteil des Manteltarifes zu betrachten sei, nicht in Frage kommen könne, folgendes: Die Metallarbeiter hätten jetzt 2000 Mitglieder in den Gemeinbetrieben und verlangten deshalb, zu den Verhandlungen zuzulassen zu werden. Von unserer Seite wurde der umwohnenden Vertretern der anderen Organisationen das Ergebnis einer aufgenommenen Statistik vorgelesen, durch welche der klare Beweis erbracht wurde, daß das Verlangen auf Teilnahme bei den Verhandlungen über den Lohnstarif unberechtigt sei. Liebe sagte, wenn so wenig Mitglieder der Berufsorganisationen in den Gemeinbetrieben vorhanden wären, so liege das an dem unerbötlichen Terrorismus, den wir ausüben. Der Vertreter der Zimmerer verweigerte sich sogar der Teilnahme, wir hätten den Paritätsgewerkschaften die Mitglieder geklopft. Auf Grund dieser Verweigerungen verlangten wir den Abbruch der Verhandlungen in Gegenwart des Arbeitgebervertreters. In der anschließenden Besprechung der Organisationsleiter wies P. darauf hin, daß der Arbeitgeberverband jährlicher Gemeinbetriebe sich bereits dafür ausgesprochen hatte, die letzten Lohn der Berufsorganisationen zu zahlen, unter der Bedingung, daß dann die sozialen Leistungen neutralisiert müßten. Daraufhin erklärte Bezirksleiter Liebe des Metallarbeiterverbandes, die Metallarbeiter verzichteten auf die sozialen Leistungen, denn sie hätten keine Zeit, krank zu sein, verlangten dafür aber die Zahlung ihrer Tariflöhne. Demgegenüber erklärte der Vertreter der Zimmerer, daß sie neben ihren Tariflöhnen auch die sozialen Leistungen beanspruchten. Raddem unseinerseits noch erklärt worden war, daß zuerst jede weitere Verhandlung ausbleibe, daß wir aber bereit seien, nach Ablauf des Manteltarifes die Frage nochmals zu behandeln, wobei betont wurde, daß dabei nur der Metallarbeiterverband auf Grund seiner Mitgliedschaft in Frage käme, fand die Aussprache ihr Ende. Die am nächsten Tag mit dem Arbeitgeberverband nährlicher Gemeinden geführten fünfjährigen Verhandlungen verliefen erfolglos. Die Entscheidung wurde einem paritätischen Schiedsgericht übertragen. -- Unter „Berichtsdarstellung“ wurde unter anderem beschlossen, eine Zusammenkunft für die Damerarbeiter in der in den letzten Männen gehaltenen Opfer vorzunehmen, für die 10 M. von den Kollegen und 5 M. von den Mollbetreibern gesammelt werden sollen.

**Münster:** In der Versammlung der nährlichen Arbeiter am 13. März wurde Steuermann genannt zu einem neuen Arbeitstatut. Leider hatten es die Arbeiter von der Gesamtheit verweigert, in der die Versammlung nicht zu erscheinen. Sie sind zum Teil in der nährlichen und zum Teil in der nährlichen Metallarbeiterorganisation. Obwohl in der Menschheit zu glauben sie doch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der nährlichen Arbeiter durch den Gesamt des nährlichen mit regeln zu können. Die Arbeiter des nährlichen sind seit durchweg unzufrieden, Arbeiter und Laden insofern der nährlichen Lohnverhältnisse, wie sie in nährlichen bestehen sind, pro Stand 80 Pf. oder pro Tag 6,40 M. und pro Woche 44,80 M. wenn ein Lohn als ein gelernter Arbeiter. Wenn auch hier den Handwerkern ein höherer Lohn als den ungeschulten Arbeitern angeboten werden soll, so ist ein demartiger Unfriede doch nicht angebracht. Deshalb verlangen unsere Arbeiter mit nährlichen die nährlichen einen neuen Tarif nach dem von nährlichen im nährlichen mit dem Einverständnis der nährlichen vereinbarten nährlichen. Der Gesamtverband nährlicher Arbeiter hat die nährlichen eine nährlichen Tarifbestimmung in nährlichen an die nährlichen eingereicht. Als Lohn wird nährlichen für nährlichen 1,50 M., nährlichen Arbeiter 1,30 M. und nur ungeschulten Arbeiter 1 M. pro Stunde. Diese Löhne sind der nährlichen und den nährlichen entsprechend und werden bereits in nährlichen gezahlt.

**Hilfenheim:** Am 21. März 1920 war unser Lohnstarif abgeschlossen. Die neuen Beschlüsse wurden dem folgenden nährlichen nährlichen: 1. nährlichen 4,00 M.; 2. nährlichen 3,50 M.; 3. nährlichen 3,00 M.; 4. nährlichen 2,50 M.; 5. nährlichen 2,00 M.; 6. nährlichen 1,50 M.; 7. nährlichen 1,00 M.; 8. nährlichen 0,50 M.; 9. nährlichen 0,20 M.; 10. nährlichen 0,10 M.; 11. nährlichen 0,05 M.; 12. nährlichen 0,02 M.; 13. nährlichen 0,01 M.; 14. nährlichen 0,005 M.; 15. nährlichen 0,002 M.; 16. nährlichen 0,001 M.; 17. nährlichen 0,0005 M.; 18. nährlichen 0,0002 M.; 19. nährlichen 0,0001 M.; 20. nährlichen 0,00005 M.; 21. nährlichen 0,00002 M.; 22. nährlichen 0,00001 M.; 23. nährlichen 0,000005 M.; 24. nährlichen 0,000002 M.; 25. nährlichen 0,000001 M.; 26. nährlichen 0,0000005 M.; 27. nährlichen 0,0000002 M.; 28. nährlichen 0,0000001 M.; 29. nährlichen 0,00000005 M.; 30. nährlichen 0,00000002 M.; 31. nährlichen 0,00000001 M.; 32. nährlichen 0,000000005 M.; 33. nährlichen 0,000000002 M.; 34. nährlichen 0,000000001 M.; 35. nährlichen 0,0000000005 M.; 36. nährlichen 0,0000000002 M.; 37. nährlichen 0,0000000001 M.; 38. nährlichen 0,00000000005 M.; 39. nährlichen 0,00000000002 M.; 40. nährlichen 0,00000000001 M.; 41. nährlichen 0,000000000005 M.; 42. nährlichen 0,000000000002 M.; 43. nährlichen 0,000000000001 M.; 44. nährlichen 0,0000000000005 M.; 45. nährlichen 0,0000000000002 M.; 46. nährlichen 0,0000000000001 M.; 47. nährlichen 0,00000000000005 M.; 48. nährlichen 0,00000000000002 M.; 49. nährlichen 0,00000000000001 M.; 50. nährlichen 0,000000000000005 M.; 51. nährlichen 0,000000000000002 M.; 52. nährlichen 0,000000000000001 M.; 53. nährlichen 0,0000000000000005 M.; 54. nährlichen 0,0000000000000002 M.; 55. nährlichen 0,0000000000000001 M.; 56. nährlichen 0,00000000000000005 M.; 57. nährlichen 0,00000000000000002 M.; 58. nährlichen 0,00000000000000001 M.; 59. nährlichen 0,000000000000000005 M.; 60. nährlichen 0,000000000000000002 M.; 61. nährlichen 0,000000000000000001 M.; 62. nährlichen 0,0000000000000000005 M.; 63. nährlichen 0,0000000000000000002 M.; 64. nährlichen 0,0000000000000000001 M.; 65. nährlichen 0,00000000000000000005 M.; 66. nährlichen 0,00000000000000000002 M.; 67. nährlichen 0,00000000000000000001 M.; 68. nährlichen 0,000000000000000000005 M.; 69. nährlichen 0,000000000000000000002 M.; 70. nährlichen 0,000000000000000000001 M.; 71. nährlichen 0,0000000000000000000005 M.; 72. nährlichen 0,0000000000000000000002 M.; 73. nährlichen 0,0000000000000000000001 M.; 74. nährlichen 0,00000000000000000000005 M.; 75. nährlichen 0,00000000000000000000002 M.; 76. nährlichen 0,00000000000000000000001 M.; 77. nährlichen 0,000000000000000000000005 M.; 78. nährlichen 0,000000000000000000000002 M.; 79. nährlichen 0,000000000000000000000001 M.; 80. nährlichen 0,0000000000000000000000005 M.; 81. nährlichen 0,0000000000000000000000002 M.; 82. nährlichen 0,0000000000000000000000001 M.; 83. nährlichen 0,00000000000000000000000005 M.; 84. nährlichen 0,00000000000000000000000002 M.; 85. nährlichen 0,00000000000000000000000001 M.; 86. nährlichen 0,000000000000000000000000005 M.; 87. nährlichen 0,000000000000000000000000002 M.; 88. nährlichen 0,000000000000000000000000001 M.; 89. nährlichen 0,0000000000000000000000000005 M.; 90. nährlichen 0,0000000000000000000000000002 M.; 91. nährlichen 0,0000000000000000000000000001 M.; 92. nährlichen 0,00000000000000000000000000005 M.; 93. nährlichen 0,00000000000000000000000000002 M.; 94. nährlichen 0,00000000000000000000000000001 M.; 95. nährlichen 0,000000000000000000000000000005 M.; 96. nährlichen 0,000000000000000000000000000002 M.; 97. nährlichen 0,000000000000000000000000000001 M.; 98. nährlichen 0,0000000000000000000000000000005 M.; 99. nährlichen 0,0000000000000000000000000000002 M.; 100. nährlichen 0,0000000000000000000000000000001 M.

1,25, für ständig arbeitende Frauen für Abmühung 10.— M. und 5 Millimeter Brennholz und für vorübergehend beschäftigte Frauen 8 Millimeter Brennholz. Sollten sich die Löhne der Klempner, Mauer und Zimmerleute bei den Privatfirmen erhöhen, so erfolgt hier der gleiche Stundenlohn. Am gleichen Abend (31. März) hatten wir eine Mitgliederversammlung einberufen, in der Kollege Kühne über die Verhandlungen berichtete. Beachtenswert ist, daß ein Urlaub bis zu 14 Tagen und in Krankheitsfällen bis zu einem halben Jahr der volle Lohn gesichert ist. Kollege Kühne referierte auch über die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge. Da früher ein ganzer Stundenlohn gezahlt wurde, muß man jetzt einen halben Stundenlohn abführen können. Kollege Varted und Paoleggrim unterstützen die Ausführungen. Die Versammlungen finden jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Varted statt.

**Obau Tüffeldorf.** Nach Schluß der Redaktion geht uns noch folgender Bericht zu: In unserem Artikel in der Nr. 12/13 der „Gewerkschaft“ berichteten wir über Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Städte. Das Abkommen wurde aber am 15. März bereits gekündigt und die neuen Verhandlungen fanden am 15. April statt. Zugestanden wurden — nach den nächsten Medien und Versicherungen, daß es so nicht weiter gehen könne — 95 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde. Die Lohnsätze gestalten sich ab 15. April wie folgt: Gruppe 1: 4,65—4,85 M., Gruppe 2: 4,15—4,65 M., Gruppe 3: 4,15—4,45 M., Gruppe 4: 4,05—4,25 M., Gruppe 5: 2,60—2,90 M. für Frauen mit leichter und einfacher Beschäftigung. Die von uns zum ersten Male geforderte Kinderzulage wurde von den Arbeitgeberern rundweg abgelehnt. Da wir selbst die Anhänger davon sind, haben wir uns auch den Kopf nicht ganz zerbrochen und dafür einen höheren Stundenverdienst im allgemeinen verlangt. 10 Pf. pro Stunde sind auch nach unserer Meinung hinreichend. Die in den obigen Sätzen enthalten sind. Sind auch die Erfolge nicht weitbewegend, so können sie sich immerhin sehen lassen. Hoffentlich wird das von unseren Mitgliebrern in der Agitation ausgenutzt.

◆ Internationale Rundschau ◆

Der Internationale Gewerkschaftsbund erläßt gegen den weißen Terror in Ungarn folgenden Aufruf:

„An die organisierten Arbeiter aller Länder! Genossen! In seiner am 5. und 6. März in Amsterdam abgehaltenen Sitzung hat das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes von den entsetzlichen, unbeschreiblichen Verfolgungen Kenntnis genommen, denen die Arbeiter Ungarns jetzt unter der Gewalttätigkeit des weißen Terrors ausgesetzt sind. Tausende von Männern und Frauen, deren einzige Missetat darin besteht, daß sie in den dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Fachverbänden organisiert sind, schmachten in Gefängnissen und Konzentrationslagern, wo sie, den schlimmsten Körperknochen und seelischen Qualen ausgesetzt, schließlich an den Wänden und Entbehrungen zugrunde gehen. Mehr als 5000 Genossen sind bereits hingerichtet worden, ohne Unteruchung, jedes Rechtsmittels beraubt. Hunderten und Tausenden droht dasselbe Los, wenn es nicht gelingt, der Mordart der Herrschenden in Ungarn die Fingel anzulegen. Das Bureau des I. G. B. hält es für die Pflicht des organisierten Proletariats aller Länder, alle geeigneten Mittel anzuwenden, um dem gegen die ungarische Bewegung gerichteten Verdrängungsmaßstab und dem Mord an ihren besten Männern und Frauen Einhalt zu gebieten. Das Bureau protestiert mit aller Macht gegen die bisher verübten Marterungen und Morde. Das Bureau fordert von der ungarischen Regierung die sofortige Einstellung aller Verfolgungen. Das Bureau verlangt von den Entente-Regierungen, auf die ungarische Regierung einen Zwang auszuüben, um diese zu nötigen, der Forderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes vollständig nachzukommen. Das Bureau ist entschlossen, falls die in den Gefängnissen und Konzentrationslagern gefangenen geachteten Genossen nicht sämtlich in Freiheit gesetzt werden, und der Mordkrieg der ungarischen Regierung und ihrer Schützlinge auch weiter noch Arbeiter zum Opfer fallen sollten, seiner Forderung durch kräftigere Maßnahmen den nötigen Nachdruck zu verschaffen. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes appelliert daher an alle angeschlossenen Landeszentralen und die ihnen zugehörigen Organisationen, besonders an die Organisationen der Transportarbeiter, der Eisenbahner und der Post- und Telegraphenangestellten, für den Fall, daß der Internationale Gewerkschaftsbund hierzu das Zeichen geben wird, jede Arbeit zu verweigern, die im Interesse der heutigen ungarischen Regierung verrichtet wird. Genossen, der Internationale Gewerkschaftsbund hat die ungarische Regierung und die Regierungen der Entente-Länder von seiner Forderung in Kenntnis gesetzt. Von ihnen wird es abhängen, ob diese kräftigen Maßnahmen nötig sein werden oder unterbleiben können. Demern die Verfolgungen an, dann gibt es gegenüber den Märkern und Morden an unseren ungarischen Freunden für das Ungarn des weißen Terrors nur den absoluten Konflikt. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes rechnet auf Euch! Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder!“

◆ Rundschau ◆

Die Waffen nieder! Kollege D. St. schreibt uns: Jahrzehntelang hat die Sozialdemokratie aller Länder getreu ihren Idealen auf eine Annäherung der Völker hingearbeitet. Der Geschichte ebernes Muß storte diese verkehrtsinnvolle Arbeit. Viereinhalf Jahre hindurch standen die Völker, standen Millionen Menschen, die sich nie gekannt und sich nie gegenseitig etwas zuleide getan, einander bis an die Zähne bewaffnet gegenüber, vernichteten Millionen Menschenleben und zerstörten von Menschenhänden in langer mühevoller Arbeit Aufgebautes. Blühende Gärten, wo einst fröhliche Kinder Weigen spielten, sind nicht mehr. Schmucke Städte und Dörfer wurden zu Wüsteneien. Niemand findet sie wieder; übrig bleiben lediglich Trümmerhaufen, überwachen von wildem Gesträuch. Wahrzeichen unglückseliger Vergangenheit. Jemand, an einer Stelle, wo vielleicht einst frohe Weisen ertönten und Menschen sich göttlicher Kunst erfreuten, da ragen heute Kreuze zu Tausenden aus der Erde und künden der Menschheit von namenloser Qual und Schmerz. Ist es nötig, noch einmal den Menschen im Geiste all diese Bilder einer Armas, einer Sonne, einer Verbun, einer Flandernschlacht und anders vor Augen zu führen und ins Gedächtnis zurückzurufen? Sollen nochmals alle Wunden bloßgelegt werden? Fast scheint es so. Genügt es nicht, an die unzähligen Mütter, die den Sohn, an die Hunderttausenden von Frauen, die den Gatten, an die ungezählten Waisen, die den Vater verloren haben, zu erinnern? Sagen uns denn nicht täglich die vielen Kriegswidwen, die Waisen, die Blinden genug von dem Jammer, in den die Völker hineingeraten? Deshalb: Die Waffen nieder! Hat nicht die langen Monate und Jahre hindurch, zu jener Zeit, wo Europas Schicksal auf dem Schlachtfeld entschieden wurde, die Menschen nur ein Gedanke besetzt: Krieg dem Kriege? Wie erbebend klangen seinerzeit über den Stuttgarter Marktplatz die Strophen:

Alle Völker wollen Frieden,  
Frieden jedes Menschenberg.

Saben nicht namhafte Persönlichkeiten aller Staaten immer und immer wieder den Gedanken in die Massen geworfen: Setzt an Stelle der Gewalt endlich Gerechtigkeit und Vernunft. Und was sehen wir heute: Bruderkämpfe überall. Menschen sind es, Deutsche, Proletarier, die sich gegenseitig in der grausamsten Weise abhächten. Wir zählen keineswegs zu jenen, die den Kampf der Arbeiterschaft gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus für überflüssig halten. Im Gegenteil! Aber ein Tor, der glaubt, daß man diesen Kampf mit der Waffe in der Hand zu einem siegreichen Ende führen könnte. Gewalt baut nicht auf. Sie wirkt zerstörend. Der Krieg hat es gezeigt. Mehr wie je gelten heute die Worte Schillers:

Wo Liebe Kräfte sinnlos walteten,  
Da kann sich kein Gebild gestalten.

Darum, ihr Proletarier in Fabrik, Werkstatt und Kontor, erhebt allüberall die Forderung: Nicht We., sondern Entwaffnung! Vernichtet alle Kriegswerkzeuge und führt an Stelle der rohen Waffe das Schwert des Geistes, und der Sieg ist uns gewiß. Wann wäre die Zeit zur Rückkehr der Vernunft mehr gegeben als gerade jetzt, wo die erwachende Natur allen menschlichen Willnissen zum Trotz sich wieder regt, die Allmutter Erde in ein Blütenmeer verwandelt und neue Keime legen wird, um uns kleinen Menschen das Leben überhaupt zu ermöglichen. Was wären wir alle, wenn die Natur einmal zu roher Gewalt schreiten und an Stelle schöpferischen Werdens nur Zerstörung bringen würde? Deshalb erhebt heute und immer aufs neue die Stimme und ruft es so lange in die Massen, bis der Funke zündet: Die Waffen nieder!

Jur Tagung des badischen Städteverbandes in Offenburg. Durch die Presse ging in den letzten Tagen die Nachricht, daß der badische Städteverband gegen die ungeteilte Arbeitszeit Stellung genommen hat. Sie soll, weil sie sich nicht bewährt habe, aufgehoben werden. Daß gegenwärtig verschiedene Kräfte darauf hinarbeiten, die achtstündige Arbeitszeit überhaupt wieder zu Grabe zu tragen ist uns nicht unbekannt. Das eine aber müßten wir den Herren schon sagen, wenn es sie gelüftet, sich die Finger zu verbrennen, dann mögen sie so weiter diktieren. Wir sind gern bereit, mit uns reden zu lassen über eine praktische und vernünftige Ausnützung der Arbeitszeit. Wenn man aber glaubt, Gewalt anwenden zu sollen, möge man dies versuchen. Etwas sonderbar mutet uns das Verhalten der Herren in diesem Verbands an. Ist das zunächst ein neuer Lohnkampf in einigen Sitzungen ausgearbeitet worden. Aus den öffentlich erschienenen Berichten der Städteorganisation über diese Verhandlung ist nur zu ersehen gewesen, daß der ausgehandelte Tarif angenommen wurde. Der Lohnkommission aber hat man mitgeteilt, daß dies nur unter Vorbehalt geschehen sei und dafür die Abschließung der procentualen Entschädigung für Überstunden und Sonntagarbeit und der Wegfall der Kinderzulage in Kauf genommen werden müßte, weil das bei den hohen Löhnen nicht mehr zu verantworten sei. Unter Androhung des Scheiterns der ganzen Verhandlungen seitens des Unterausschusses des Städteverbandes müßte die Kommission die Berücksichtigung der procentualen Entschädigung in Kauf nehmen.

Damit soll gesagt werden, daß es die Herren schon besitzen, Verschlechterungen anzubieten, aber sie sollen nicht glauben, daß sie das weiter waagen dürfen, ohne die schärfsten Konflikte heraufzubeschwören, für die sie dann allein die Verantwortung zu tragen hätten. Wir müßten zusammenfassend sagen, man soll sich darüber klar sein, daß wir in einer Zeit der Demokratisierung leben und nicht erst dann mit der Arbeiterkraft reden will, wenn man vorher beschlossen hat, so muß es gemacht werden. Etwas mehr Verständnis für den Geist der neuen Zeit dürfte zu empfehlen sein.

**Turnunterricht in der Fortbildungsschule.** Den Anaben und Mädchen, die diese Eltern die Volksschule verlassen und in die Fortbildungsschule übertreten, wird es angenehm sein, zu erfahren, daß sie in der Fortbildungsschule nun auch Unterricht in Turnen und Sport erhalten. Leider wird die körperliche Erziehung in der Fortbildungsschule vorläufig noch ein Stief- und Sorgenkind sein, denn bisher ist so gut wie nichts zu seiner Einführung getan. In den meisten Bundesstaaten dürfte der Unterricht den Turn- und Sportvereinen vorläufig übertragen werden, weil es der Schule an Lehrkräften und Einrichtungen fehlt. Dabei kann es passieren, daß der Unterricht auf die Zeit nach 7 Uhr abends verlegt wird, wie das zum Beispiel im sächsischen Ravensschloß geschehen ist. Das bedeutet eine Durchbrechung des Prinzips, daß der Unterricht in der Fortbildungsschule am Tage stattfinden muß. Den Turnvereinen wird damit das Jugendturnen fast unmöglich gemacht, weil die Turnhalle von der Schule voll in Anspruch genommen wird; selbst das Turnen der Erwachsenen wird in Frage gestellt. Wir machen die Elternkreise und besonders die Arbeitervertreter in den Gewerkschaften auf diese Dinge aufmerksam und bitten, einer solchen Regelung ihre Zustimmung zu verweigern. Kann die Schule den Turnunterricht nicht in den Tagesstunden erteilen, dann soll sie die Hände davon lassen und die Jugend den Vereinen überlassen. Sonst wird durch die Neuordnung mehr Schaden angerichtet als Nutzen gebracht.

◆ **Eingegangene Schriften und Bücher** ◆

Das Betriebsratsgesetz. Voller Wortlaut des Gesetzes über Betriebsräte, der Reihenfolge, Vordrucke usw. nebst ausführlicher Erläuterung von Paul Umbreit, Schriftleiter des „Korrespondenzblattes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“. Preis 2,50 Mk. und 20 Proz. Buchhändlerzuschlag. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Nichtenau.

„Der Fien“. Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Verlag „Der Fien“, Berlin W. 57, Potsdamer Str. 67. Abonnement vierteljährlich (6 Hefte) 5,50 Mk. Einzelheft 1 Mk. Probenummer kostenlos.

Ein Jahr Rede- und Käsepublik. Kritische Nachlese zur Revolutionsfeier von Emil Roth, Stadverordneter in Neussolln. Berlin 1919. Staatspolitischer Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstr. 226. Preis 1 Mk.

Arbeiterchaft und Sozialdemokratie von Emil Roth, Stadverordneter in Neussolln. Berlin 1920. Staatspolitischer Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstr. 226. Preis 2,50 Mk.

Ratgeber für Kriegshinterbliebene. Herausgeber Reg.-Rat Erich Rohmann, Referent im Reichsarbeitsministerium. Preis 2 Mk. und 20 Proz. Buchhändlerzuschlag. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Nichtenau.

Neuorganisation des Ernährungswesens. Ein Vorschlag von Fern Meyer. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Nichtenau, Nr. 5 der Schriftenreihe: Praktischer Sozialismus, herausgegeben von Karl Rorsch. Preis 2,50 Mk.

Die wirtschaftliche Revolution von Adolphe Merheim, Sekretär des französischen Metallarbeiterverbandes. Uebersetzt von Paul Nieble. Fest der „Revolutionsbibliothek“ des Verlages Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Nichtenau. Preis 1,20 Mk. und 20 Proz. Buchhändlerzuschlag.

Entwurf eines Programms der U. G. F. sowie Kritik des Aktionsprogramms. Von Dr. James Proh. Heft 9 der „Revolutionsbibliothek“ des Verlages Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Nichtenau. 71 Seiten, 3 Mk.

Die Berufsberatung des Arbeiters. 1. Teil: Einteilung. — Die Berufsvorbereitung bis zur Schulentlassung. Mit Beiträgen von Hed. Reg.-Rat Dr. Kühne, Berlin; Helene Simon, Schwelm; Schulinspektor Karl Höpfe, Hamburg; Schulrat T. Homae, Hamburg. Jena 1920. Verlag von Gustav Fischer. Preis 2,50 Mk.

Die „Sozialistische Gemeinde“ erscheint zweimal monatlich. Einzelnummer 50 Pf., vierteljährlich 3 Mk. (Vollschick extra). Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. V. m. b. H., Berlin G. 2, Breite Straße 89.

◆ **Verbandsteil** ◆

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Aus einer Anzahl bei uns eingegangener Markenbestellungen geht hervor, daß ein Teil der Filialen sich in ihren Versammlungen bereits mit der Erhöhung der Beiträge beschäftigt und auch schon einen Beschluß für die Erhöhung der Beiträge angenommen hat.

Wir weisen darauf hin, daß diese Filialen trotzdem in der Woche vom 2. bis 8. Mai eine Urabstimmung vornehmen müssen und uns das Resultat bis zum 12. Mai einzuweisen haben. Geschieht das nicht, dann würde das für die Urabstimmung günstige Resultat verloren gehen.

Die Kassenverwaltung.

◆ **Briefkasten** ◆

Nicht eingetroffene Zeitungen. Soweit es möglich war, haben wir nicht eingetroffene Nummern der „Gewerkschaft“ und „Emitationskarte“ nachgeschickt. Die Nummern 12-14 sind durch Nachsendungen ganz aufgebraucht, so daß Nachforderungen dieser Nummern, besonders größeren Umfangs, nicht mehr erledigt werden können.

Die Expedition.

**Filiale Karlsruhe (Baden)**

sucht zum 1. Juni d. J. einen

**zweiten Ortsbeamten.**

Bewerber müssen mindestens 3 Jahre Mitglied einer freien Gewerkschaft, rednerisch begabt und zur Führung der Kassenchäfte befähigt sein, ferner die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Dem Bewerbungsschreiben ist ein kurzer Lebenslauf sowie eine Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten beizulegen.

Bewerbungsschreiben sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis spätestens 8. Mai an das **Gewerkschaftsbüro der Gemeindearbeiter Karlsruhe, Akademiestr. 31**, einzureichen.

Die Ortsverwaltung: Peter Fröhlich.

**Totenliste des Verbandes.**

Christ. Bauer, Almersbach Gemeindeführer † 19. 3. 1920, 53 Jahre alt.	Hermann Röper, Berlin Gemeindeführer † 12. 4. 1920, 61 Jahre alt.	Hermann Rehr, Hannover Mitglied † 6. 4. 1920, 70 Jahre alt.
Johann Buda, Augsburg Mitglied † 9. 4. 1920, 61 Jahre alt.	Otto Cönicke, Berlin Gemeindeführer † 7. 4. 1920, 29 Jahre alt.	Fritz Hebe, Hannover Mitglied † 10. 4. 1920, 56 Jahre alt.
Rolind Jahn, Augsburg Gemeindeführer † 7. 4. 1920, 57 Jahre alt.	H. Kuhlmann, Brunsbüttel Gemeindeführer † 29. 3. 1920, 43 Jahre alt.	Robert Reiter, Jena Gemeindeführer † 19. 4. 1920, 69 Jahre alt.
Willy Katsutz, Harzern Gemeindeführer † 25. 3. 1920, 41 Jahre alt.	J. Bölling, Brunsbüttelkoog Gemeindeführer † 29. 3. 1920, 58 Jahre alt.	Karl Zabel, Luckenwalde Ehrenmitglied † 16. 4. 1920, 70 Jahre alt.
Emil Recker, Berlin Gemeindeführer † 25. 3. 1920, 40 Jahre alt.	Gustav Dietze, Chemnitz Mitglied † 11. 4. 1920.	G. Oberhuber, Remfelling Gemeindeführer † 29. 3. 1920, 66 Jahre alt.
G. Fildner, Berlin-Charlitz Kassenverwalter † 8. 4. 1920, 41 Jahre alt.	Hana Hölzel, Chemnitz Mitglied † 8. 4. 1920.	Frau Keimer, Remscheid Stammmitglied † 19. 3. 1920, 40 Jahre alt.
Franz Gatz, Berlin-Oberschöneweide Gemeindeführer † 1. 3. 1920, 48 Jahre alt.	Otto Schneider, Chemnitz Mitglied † 4. 4. 1920.	Heinrich Eby, Ronsdorf Mitglied † 3. 4. 1920, 41 Jahre alt.
F. Günther, Berl.-Charlitz Lehrer † 10. 4. 1920, 47 Jahre alt.	Arthur Seidel, Chemnitz Mitglied † 28. 3. 1920.	Rugmit Rüd, Schenkendorf Mitglied † 8. 3. 1920, 55 Jahre alt.
Karl Koch, Berlin Gemeindeführer † 9. 4. 1920, 47 Jahre alt.	Alb. Keller, Cöthen (Anb.) Mitglied † 21. 3. 1920, 67 Jahre alt.	Anna Lühr, Stuttgart Mitglied † 3. 4. 1920, 39 Jahre alt.
Paul Mienzebauer, Berlin-Mariendorf Gemeindeführer † 30. 3. 1920, 27 Jahre alt.	Joel Kapalla, Dresden Kassenverwalter † 7. 4. 1920, 59 Jahre alt.	Karl Linzmaier, Stuttgart Mitglied † 1. 3. 1920, 44 Jahre alt.
Huz. Jim, Berlin Kassenverwalter † 31. 3. 1920, 50 Jahre alt.	H. Bernhardt, Halle (Saale) Mitglied † 20. 3. 1920, 58 Jahre alt.	Fr. Schlettner, Stuttgart Mitglied † 31. 3. 1920, 39 Jahre alt.
Job. Pieler, Berl.-Clichend. Mitglied † 23. 3. 1920, 64 Jahre alt.	Ida Deskau, Halle (Saale) Mitglied † 22. 3. 1920, 50 Jahre alt.	Fr. Heuberger, Trensbach Gemeindeführer † 14. 3. 1920, 83 Jahre alt.
Ad. Ripert, Berl.-Neukölln Mitglied † 12. 4. 1920, 36 Jahre alt.	Alb. Schröder, Halle (Saale) Mitglied † 20. 3. 1920, 57 Jahre alt.	Matth. Honold, Wilm a. D. Mitglied † 24 Jahre alt.

Gehre ihrem Andenken!